

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Freitag, den 10. November 1899.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 2,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Verzeichnungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaarten Kolonen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Eine Handwerker-Idylle im Osten.

Im Nachstehenden veröffentlichen wir einen Vertrag zwischen der
 Gutsverwaltung eines der großen Gutskomplexe in der Provinz
 Posen und einem Handwerker (Schmiedemeister), der als sogenannter
 selbständiger Handwerker sich zur Unterzeichnung eines Vertrages
 herbeilassen mußte, dessen Bestimmungen den Mann zum
 Sklaven der Herrschaft machen, ein Zeichen für den
 Kulturgrad des deutschen Ostens. Der Leser urteile selbst!!

Zwischen der Gutsverwaltung G. und dem Schmiedemeister
 Fr. aus S. wird heute nachstehender Kontrakt verabredet und be-
 schlossen:

Der Schmiedemeister Fr. übernimmt vom 11. November 1898
 ab die hiesige Schmiede und verpflichtet sich mit seinem Durschen,
 welcher mindestens zwei Jahre bereits in der
 Schmiede gearbeitet haben muß, alle Schmiedearbeiten
 für G. nebst dazu gehörigen Vorarbeiten pünktlich und gut auszuführen.
 Sollte Fr. die ihm übertragenen Arbeiten nicht
 schaffen können, so muß derselbe sich auf eigene
 Kosten einen Gehilfen so lange halten, bis die
 Arbeit geschafft ist.

Nimmt Fr. in diesem Falle keinen Gesellen und schafft die
 Arbeit nicht, so hat die Gutsverwaltung das Recht, die nicht recht-
 zeitig und nicht gut abgelieferten Arbeiten auf seine Kosten ander-
 weitig ausführen zu lassen. Im Winter muß der Schmied mit
 seinem Durschen (!) von 6 Uhr morgens an und abends so lange
 arbeiten, wie die Gutsverwaltung es verlangt, und im Sommer von
 Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang, sobald es verlangt wird, auch
 früher oder später. Gleichfalls muß Fr. auch an Sonn- und
 Festtagen, wenn es verlangt wird, Pferde beschlagen und andere
 nötige Arbeiten ausführen.

Nach Feierabend hat Fr. die Schmiede gehörig zu verschließen
 und den Schlüssel in der Wohnung des Wirtschaftshauses täglich ab-
 zugeben.

Bei Erfüllung der zuständigen Obliegenheiten
 (worüber zu entscheiden Sache der Gutsverwaltung beziehungsweise
 der Herrschaft ist. D. W.) erhält Fr. für sich und den Durschen
 jährlich:

- 240 M. bar.
- 1 (Einen) Scheffel Weizen.
- 82 (Zweiunddreißig) Scheffel Roggen.
- 6 1/2 (Sechsendeinhalf) Scheffel Gerste.
- 6 1/2 (Sechsendeinhalf) Scheffel Erbsen.
- 4 1/2 (Vierundeinhalf) Scheffel Hafer.
- 18 (Achtzehn) Liter Salz.
- 90 (Dreißig) Centner Kohlen.
- 4 (Vier) Meter Holz.
- 90 (Neunzig) Scheffel Kartoffeln, wie sie vom Felde
 kommen, 1/2 (Einhalf) Morgen Gartenland, für
 zwei Kühe freie Weide und Futter im Deputantensstalle.

Fr. arbeitet in der Schmiede mit herrschaftlichem Handwerkszeug,
 soweit es drängt, sonst mit seinem eignen, und ist ver-
 pflichtet, bei seinem Abgange das herrschaftliche
 Handwerkszeug in gutem und brauchbarem Zustand
 zurückzulassen. Das Handwerkszeug wird ihm laut Inventar-
 Verzeichnis übergeben. Abgaben zahlt Fr. selbst.

Für die Umzugsfahrten hat Fr. bei etwaigem Abzuge in 1. Jahre
 per Fuhr 6 M., im 2. Jahre per Fuhr 3 M. zu zahlen und im
 3. Jahre wohnt er sich frei.

Sämtliche Wasserleitungen wie Pumpen usw. wenn sie entzwei
 und Reparatur bedürftig sind, ist Fr. verpflichtet, unentgeltlich
 zu reparieren und für Gutsleute sowie Fremde ohne Er-
 laubnis der Gutsverwaltung nichts zu machen.

Trunkenheit, Unehrllichkeit oder dergleichen heben diesen Kontrakt
 sofort auf und behält sich die Gutsverwaltung das Recht vor, ohne
 jedwede Einmischung des Gerichts den Fr. aus der Wohnung zu
 setzen.

Vorstehender Kontrakt ist in zwei gleichlautenden Exemplaren
 ausgefertigt, vorgelesen, genehmigt und unterschrieben.
 G., den 4. Juli 1898.

(Folgen die Unterschriften.)

Dieser Vertrag, den der ostelbische Schmiedemeister hier ab-
 geschlossen, ist ein Löwenvertrag, bei dem er alle Pflichten und die
 Gutsverwaltung fast alle Rechte hat. Es ist ein Vertrag, der in einem
 Kulturstaate als ein Vertrag wider die guten Sitten
 und deshalb als ungültig angesehen werden müßte. Der vertrag-
 schließende Schmiedemeister rangiert auf Grund der Gewerbeordnung
 unter die „selbständigen Erzeugnisse“ und als nomineller Besitzer
 eines Stückes Gartenland als Inhaber eines landwirtschaftlichen
 Betriebes. Seiner sozialen Stellung nach aber ist er in einem Zu-
 stande der Abhängigkeit, des sozialen Druckes und der Verelendung,
 daß kein großstädtischer Fabrikarbeiter mit ihm tauschen würde.

Dieser Vertrag, der sicherlich nicht vereinzelt vorhanden ist,
 sondern als Mustereigentum einer ganzen Gattung angesehen werden
 darf, zeigt aber auch, was es mit der Handwerkerfreundschaft anseher
 Ostelbien auf sich hat, denn westwärts der Elbe wäre ein solcher
 Vertrag unmöglich.

Der arme Schmiedemeister ist verpflichtet, das ganze Jahr, Sonn-
 und Festtage einbegriffen, seine Arbeitskraft und Zeit, man kann
 sagen bei Tag und bei Nacht zur Verfügung der Herrschaft bereit zu
 halten und ebenso sein Dursche, der mindestens zwei Jahre Lehrzeit
 hinter sich haben muß, also schon halbe Gesellenarbeit verrichten
 kann. Können Meister und Dursche mit Aufwand aller ihrer Kräfte
 das Verlangte nicht leisten, so muß der arme geschundene Meister
 einen Gesellen einstellen. Thut er das nicht, vielleicht weil er keinen
 Gesellen findet, der sich zu einer so menschenwürdigen Stellung
 degradieren läßt, so kann die Herrschaft die Arbeit auf Kosten des
 Meisters durch andere Arbeitskräfte herstellen lassen.

Was die Abfindung durch Naturalieferungen betrifft, so haben
 wir zu wenig sachmännische Kenntnisse, um den Wert derselben ab-
 schätzen zu können. Vielleicht ist einer unserer ostpreussischen Partei-
 genossen auf dem Lande so liebeuswürdig, darüber eine Rechnung

für uns aufzumachen. Dazu läppig wird der Betrag dieser Rechnung
 nicht ausfallen. Hervorzuheben aber ist, daß über die
 Qualität der zu liefernden Materialien der
 Vertrag kein Wort enthält. Ist diese so schlecht, daß sie
 zu einer Verschwerbe des Schmiedemeisters Veranlassung giebt, so
 entscheidet die Gutsverwaltung beziehungsweise die Guts-
 herrschaft nach eigenem Gutdünken und selbstverständlich
 nicht gegen sich selbst. Eine andere Instanz anzurufen ist durch
 den Vertrag ausgeschlossen.

Ferner enthält der Vertrag kein Wort darüber, wer die für die
 Arbeit verbrauchten Materialien: Eisen, Nägel, Kohlen, Licht etc. zu
 stellen hat. Der Schmiedemeister arbeitet mit dem Werkzeug der
 Herrschaft, soweit dasselbe langt, so weit es nicht langt
 oder nichts taugt, muß er sein eigenes stellen und verwenden. Aber
 er ist auch verpflichtet, das Werkzeug der Herrschaft in gutem und
 brauchbarem Zustand zurückzulassen, ohne daß gesagt wird, daß er es
 in gutem und brauchbarem Zustand empfangen hat. In all den
 Differenzen, die aus diesem und sonstigen Bestimmungen entstehen,
 entscheidet die Gutsverwaltung, beziehungsweise die Guts herrschaft,
 das heißt, die eine vertragsschließende Partei ist, souverän und Richter
 in eigener Sache.

Nach Kenntnisnahme eines solchen Vertrages begreift man
 vollkommen, daß unsere Ostelbien und alle, welche mit ihnen
 sympathisieren, keinerlei Schutzmaßregeln gegen die Ausbeutung der
 Lehrlinge und Gehilfen in Handwerk gutheißen können. Daß alles,
 was nach wirklichen Handwerkerstand ansieht — und im vorliegenden
 Falle und allen ähnlichen Fällen müßten nicht nur Lehrlinge und
 Gehilfen, sondern die Meister selbst gegen eine Aus-
 beutung ihrer elenden sozialen Lage geschützt
 werden — von den Konservativen und ihren Affilierten entschieden
 bekämpft wird.

Da ergeben sich die Vertreter und Lobredner der herrschenden
 Klassen in den überdauwähligsten Lohpreislagen von der Macht und
 Herrlichkeit des Deutschen Reiches, sie kränzen sich in dem Ge-
 danken, wie herrlich weit wir es angeblich gebracht und wie wir es
 weiter bringen müssen durch glänzende Armeen und stolze Armaden,
 welche die gesamte Welt mit Gütern vor uns erfüllen, aber daß
 Hunderttausende und Millionen Deutscher mitten in diesem gefeierten
 Deutschland unter Bedingungen leben, die der bitterste Hohn auf
 unsere moderne Kultur sind, daß Ungezählte nicht wie Menschen
 leben, sondern untermenschlich vegetieren, dafür haben
 diese Lobredner unserer Zustände keine Augen und Ohren, das ist
 einer ihrem Intellekt unverständlicher Begriffe.

Zwischen der Hyperkultur da oben und der an Halbbarelei
 grenzenden Kultur da unten giebt es eine Kluft, die alle Schön-
 redner und Optimisten Deutschlands nicht wozubridern ver-
 mögen. Wollten sie wirklich Deutschland zu einem Musterlande
 machen. Hic rhodus! hic salta! Hier helfst!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 9. November.

Ein Vorschlag zur Güte.

Die „Berliner Korrespondenz“ feuert einige offiziöse Geschosse
 gegen unseren neulichen Leitartikel über Weltmachtspolitik ab. Es
 versteht sich, daß sie den Gedankengang unserer Ausführungen in der
 korruptesten Weise wiedergiebt, doch nehmen wir ihr das nicht weiter
 übel. Im Gegenteil, wir sehen darin eher ein Kompliment, denn
 wenn die „Berliner Korrespondenz“ selbst den frommen und naiven
 Lesern, für die ihre Artikel geschrieben werden, nicht zu sagen wagt,
 was wir hauptsächlich dargelegt haben, sondern mit den rasselnden
 Schlagworten von „gewissenloser Hege gegen die geltende Gesellschafts-
 und Wirtschaftsordnung“ und von „längst brüchig gewordenen
 Marx'schen Formeln“ darüber hinschreit, so muß sie einige Sätze vor
 der Logik unseres Artikels haben, und darüber brauchen wir nicht
 betrübt zu sein.

Daneben finden sich in dem offiziösen Artikel auch ein paar
 bemerkenswerte Bestandteile. Unseren Satz, daß es für eine deutsche
 Weltmachtspolitik im großen Stile historisch viel zu spät sei, bekämpft
 die „Berliner Korrespondenz“ mit dem Einwande, gerade um „manche
 Fehler und Unterlassungen der Vergangenheit auszugleichen“,
 empfiehlt es sich, mit „nationaler Energie“ in die ulerlosen Aben-
 teure der Weltmacht hineinzurudern. Wir nehmen dies offene
 Bekenntnis gern entgegen, so heiter die offiziöse Geschichtsauffassung
 auch sein mag, die eine weltgeschichtliche Entwicklung von vier Jahr-
 hunderten als „manche Fehler und Unterlassungen der Vergangenheit“
 registriert. In dieser Beziehung denken wir sogar patriotischer als
 die „Berliner Korrespondenz“; mit wie bleiernem Druck immer der
 Absolutismus von der Weltwende des 15. und 16. bis zur Welt-
 wende des 19. und 20. Jahrhunderts auf Deutschland gelastet hat,
 so erkennen wir doch an, daß seine „Fehler und Unterlassungen“
 weit mehr Wirkungen als Ursachen waren. An eine hirnlose
 Phantasmagorie aber, wie die Rückwärtsrevolverieren der Geschichte,
 das Blut und Mark der Nation zu setzen, ist ein Würfelspiel, dem
 gegenüber das Vaccarat der „Harmlosen“ allerdings noch als harm-
 loses Vergnügen gelten mag.

Ferner beruft sich die „Berliner Korrespondenz“ darauf, daß
 die Arbeiter in England und den Vereinigten Staaten gegen
 die imperialistische Politik, über deren kapitalistische Tendenzen doch
 süßlich kein Zweifel obwalten könne, nicht offen aufstehen. In
 dieser Allgemeinheit ist die Behauptung nichts weniger als richtig:
 was daran etwa wahr ist, haben wir schon in unserm Artikel über
 Weltmachtspolitik hervorgehoben, indem wir auf die historische That-
 sache hinwiesen, daß in Staaten, die überhaupt eine erfolgreiche Welt-
 politik treiben können, der wahre Charakter des Gegensatzes zwischen
 Bourgeoisie und Proletariat durch die Erfolge jener Politik ver-

schleiert werde. Das gehöre, wie wir meinten, zu den Gründen,
 weshalb das deutsche Proletariat weit eher zu seinem Klassenbewußt-
 sein gelangt sei, als das Proletariat anderer Nationen, wo die große
 Industrie weit älter sei, oder, um im Stile der „Berliner Korrespon-
 denz“ zu sprechen, weshalb das deutsche Proletariat „in antinatio-
 naler Gesinnung und in der Hege gegen das Kapital an der Spitze
 der „Genossen“ in aller Herren Länder marschiere.

Allein so viel ist auch sicher, daß wenn in England oder den
 Vereinigten Staaten ein Ministerium à la Hohenlohe-Miquel eine
 industrielle Weltmacht präsentieren würde, esfortiert hier von dem
 Gespenste des Brotwunders und esfortiert dort von dem Gespenste
 der Zuchthausvorlage, dies Ministerium binnen heute und morgen
 durch die englischen oder die amerikanischen Arbeiter von der Bild-
 fläche gefegt werden würde. Hoffentlich reichen die historischen
 Kenntnisse der „Berliner Korrespondenz“ so weit, um das anzu-
 erkennen, und so möchten wir ihr den Maßschlag zur Güte machen:
 Sorge sie dafür, daß der Kurs Hohenlohe-Miquel in dem ehrlich
 verdienten Dunkel des politischen Inwalden-Spitzels verschwindet
 und an seine Stelle eine civilisierte Regierung tritt, die ein für
 allemal sowohl auf die Auspömerung als auf die Unter-
 brückung der arbeitenden Klasse verzichtet, und dann mag
 sie mit ihren patriotischen Predigten über Weltmacht wieder ihr Heil
 bei den deutschen Arbeitern versuchen. Wenigstens den Erfolg
 können wir ihr dann garantieren, daß ihr Himmel auf die englischen
 und amerikanischen Arbeiter nicht mehr als verächtliche Heuschreck
 zurückgewiesen werden wird.

Bis dahin schütz sie den Erfolg ihrer patriotischen Predigten ganz
 richtig ein, indem sie sagt: „Solche Mahnungen werden beim „Vor-
 wärts“ und seinem Anhang vermittels nur taube Ohren finden.
 Für diese Elemente ist die gesamte Weltmacht eingepaßt in den
 Rahmen der Klassenkämpfe des internationalen Proletariats.“ Das
 stimmt auffallend und liefert den tröstlichen Beweis, daß auch ein
 offiziöses Huhn einmal ein Korn finden kann.

Vorlagen des Kaisers

nennt die Münchener „Allgemeine Zeitung“ das Zuchthausgesetz, den
 Kanalenthwurf und den Marineplan:

„Wenn, so schrieb das offiziöse bediente Blatt, von augen-
 scheinlich interessierter Seite die Zurückziehung der Arbeits-
 willigen“ und der Kanalvorlage als eine potitio
 principii für die Annahme der Flottenvorlage bezeichnet
 wird, so müssen wir doch daran erinnern, daß alle drei Vor-
 lagen, und insbesondere auch die die bessere Sicherung des
 Schutzes der Arbeitswilligen betreffende bis zu einem gewissen
 Grade solche des Kaisers sind. Sollte sich der Kaiser
 davon überzeugen, daß er mit dem von ihm erzielten Schutze der
 Arbeitswilligen auf einem nicht gangbaren Weg sich befindet,
 wofür, so mag er den Befehl erteilen, die entsprechende Vorlage
 zurückzuziehen.“

Es ist klar, daß mit dieser Benennung den drei Vorlagen ein
 erhöhter Wert verliehen werden soll, während sie in Wirklichkeit zur
 konstitutionellen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt werden. Es mag
 ja sein und es ist sehr wahrscheinlich, daß die drei Entwürfe that-
 sächlich Vorlagen des Kaisers sind, daß also die Regierungen keinen
 Anteil an ihnen haben, sie vielleicht immerlich nicht einmal gutheißen —
 solche persönlichen Vorlagen des Kaisers haben aber verfassungsmäßig
 kein Interesse. Für die Volksoverrechtung giebt es nur Vor-
 lagen der Regierungen, und wenn der Münchener Offiziösus mit
 der neuen Bezeichnung sagen will, daß die genannten Entwürfe
 eigentlich nicht Vorlagen der Regierungen seien, so erübrigt sich für
 das Parlament jedes sachliche Eingehen und es bleibt ihm nur die
 formelle Diskussion darüber, warum die Regierungen für Vorlagen, die
 nicht von ihnen ausgehen, die Verantwortung übernehmen.

Die katholische „Königliche Volkszeitung“ weist schroff
 diese Taktik zurück:

„Den Kaiser noch mehr als bisher in die
 Bresche zu stellen, indem man von „Vorlagen des
 Kaisers“ spricht, Gewiß liegt es im Sinne aller reaktionären
 Elemente, den Kaiser als Angelfisch zu benutzen, aber tapfer und
 mannschaft ist das nicht. Es ist auch politisch sehr gefährlich;
 mache man sich doch nur die Folgen klar. Jetzt werden von
 den Geseheitswürten, welche die parlamentarische Winter-
 campagne beschäftigen sollen, schon drei als „Vorlagen
 des Kaisers“ bezeichnet; erweist sich das Mittel probat,
 so bringt man nächstes Jahr vielleicht sämtliche Gele-
 genheitsentwürfe unter diese Rubrik. Augenscheinlich will man dem
 Parlamente die Opposition erschweren, da ein lokaler Unterthan
 sich schwerer entschließt, dem Monarchen Widerstand zu leisten als
 irgend einem Minister. Aber es ist auch ein Maß in dem
 Dingen, und man soll nichts überreiben, sonst bleibt dem
 Parlamente gar nichts anderes übrig als zu sagen: „Wenn schon,
 denn schon.“ Der Reichstag und der preussische Landtag sind doch
 nicht dazu da, alle Wünsche des Kaisers zu erfüllen, sonst könnte
 man sich überhaupt alles Wahlen sparen. Heute vergeht im
 politischen Leben kaum eine Woche, ohne daß nicht für
 irgend eine Sache der Wunsch des Kaisers ins Gesetz
 geführt wird. Man macht sich nicht klar, was die
 Folge davon sein muß: daß nämlich die Parlamente fortan über-
 haupt kaum mehr in der Lage sein werden, Wünsche des
 Kaisers zu berücksichtigen, wenn sie nicht selber abhandeln wollen.
 Man denke: die Flottenvermehrung, der Mittelkanal und das
 Zuchthausgesetz sollen als Wünsche des Kaisers angenommen
 werden, dafür aber soll den Parlamenten unbenommen sein,
 durch Ablehnung einer Budgetposition von 1000 M. oder einer
 Sekundärbahn von Schivelbein nach einer Nachbarstadt ihre
 „Selbständigkeit“ zu betheilen. Dann schließe man doch lieber
 beide Parlamentsbuden zu. Es ist in dieser Beziehung schon so
 viel gekündigt worden, daß wir nur dringend mahnen können,
 auf diesem Wege einzuhalten. Das Ergebnis wird schließlich kein
 anderes sein, als daß ausgesprochene Wünsche des Kaisers die
 Annahme eines Gesehentwurfes erschweren, nicht etwa aus
 Antiposität gegen den Kaiser, sondern in der berechtigten Ver-
 sorgnis der Abgeordneten, durch Jafragen dem ganzen Volke als
 rüdenkwache „Ridemannchen“ zu erscheinen, deren Er-

schung durch charaktervollere und selbständigere Reden notwendig sei.

Die Centrumpresse hat solche Ermahnungen ganz besonders nötig, da ja ihre Partei die Hauptstütze trägt, daß die Stellung des Parlaments durch Raubgierigkeiten, Stuhlhändel und Unfälle aller Art erniedrigt worden ist. Es war dem preussischen Junkertum vorbehalten, zu zeigen, wie man einer Regierung vom Schlage der Hohentholer-Miquelischen zu begegnen habe.

Deutsches Reich.

Keine Tischrede. Der familiäre Besuch des Jaren bei Wilhelm II. wird von byzantinischen Blättern wieder einmal als „weltgeschichtliches Ereignis“ ausposaunt. „Weltgeschichtlich“ pflegen zum Glück die Historiker überhaupt nicht zu sein und wir glauben selbst nicht, daß die beiden Herrscher sich über die Ideen des Friedensfestes und die unvermeidlichen Folgen der menschlichen Erbünde geeinigt haben dürften.

Zumerklich bleibt auffällig, daß von dem großen Diener am Mittwochabend keinerlei reduzierter Gedankenaustausch der beiden Gebieter gemeldet wird. Die und da ist man erstaunt, daß die traditionelle Erbfeindschaft zwischen den beiden Klassen nicht in schonungsvollen Bestreben zum Ausdruck gelangte; mancher vermutet bereits bedenkliche Verstimmung. Aber auch diese zuerst höchst befremdliche Annahme ist wohl ohne weitestgehende politische Kombinationen zu erklären; der Jar ist ein weniger gewandter Redner als der Kaiser und so mag auch dieser aus Höflichkeitssichtungen für seinen Gast jedes Reden unterlassen haben.

Gegen jede Flottenbindung spricht sich die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ aus. Ihres Erachtens bleibt der Regierung nichts anderes übrig, als ihren Flottenplan in einer Deullchrift niederzulegen, die vom Reichstage zur Kenntnis genommen wird, und dann die Bewilligung der zu diesem Flottenplane notwendigen Schiffbauten von Jahr zu Jahr etatsmäßig vom Reichstage zu fordern. Auf gegenseitige Bindung irgend welcher Art kann weder der Reichstag noch die Regierung nach den bisherigen Erfahrungen eingehen.

Die Ausschaltung des Bundesrats. Die im gothaischen Landtage eingebrachte Interpellation über die Flottenfrage wurde vom Staatsminister v. Strunge dahin beantwortet, daß die Regierung einer bestimmten Vorlage im Bundesrat erst entgegenstehe. Bis dahin sei es ihr unmöglich, Stellung dazu zu nehmen.

Das Samoa-Abkommen findet in der deutschen Presse fast durchweg Beifall; einige Blätter halten die Konzessionen in Afrika, besonders die Aufgabe von Salaga, für allzu bedeutend.

Der Kolonialrat hat auslänglich des Abkommens ein schmeichliches Danktelegramm an den Kaiser und an den Grafen Bülow entsandt.

Graf Bülow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, wird von allen Seiten gefeiert. Er hat Erfolg. Und heutzutage bedarf es nicht einmal wirklicher Erfolge, um zum „großen Staatsmann“ ausgerufen zu werden.

Nachdem Graf Bülow beim Anlauf der Karolinen einen hohen Orden gewonnen, wird ihm jetzt der Dank für Samoa in Gestalt des Großkreuzes zum Roten Adlerorden.

Der Herr Graf kann es noch weit bringen. Wenn nur nicht mit jedem seiner neuen Erfolge das deutsche Volk einige neue Panzerschiffe und vermehrte Schuttruppen bezähnen müßte!

Die englische Presse spricht sich im allgemeinen über das Abkommen befriedigt aus.

Der Bundesrat überwiegt in seiner Sitzung am Donnerstag den zuständigen Ausschüssen die Vorlagen betreffend a) den Entwurf eines Gesetzes wegen **Abänderung der Unfallversicherungs-Gesetze**, b) den Entwurf eines Gesetzes über die Unfallversicherung für Gefangene, c) die Verleihung von Korporationsrechten an die mit dem Siege in Berlin gebildete „Gesellschaft Nordwest-Kamerun“, d) den Entwurf einer Verordnung über das Verfahren vor den auf Grund des Invalidenversicherungsgesetzes errichteten Schiedsgerichten. Die Zustimmung wurde erteilt dem Antrag betreffend den Entwurf eines Gesetzes wegen der Kontrolle des Reichshaushalts, des Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen und des Haushalts der Schutzgebiete für das Rechnungsjahr 1896, dem Antrag auf den Entwurf von Vorlagen vom 1. Juli und 21. Oktober ds. Js. betr. Abänderungen und Ergänzungen des amtlichen Stempelvergleichnisses zum Zolltarife, dem Antrag, betreffend die Einrichtung der Leistungskarten für die Invalidenversicherung, dem Antrag auf den Entwurf von Vorschriften betr. die Entwertung und Vernichtung der Marken bei der Invaliden-Versicherung, dem Antrag auf den Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderungen im Münzwesen.

„Kreuz-Zeitung“ und Miliz. Die kriegerischen Erfolge der Boeren bereiten den deutschen Junkern unangenehme Verlegenheiten. Man sympathisiert mit den Boeren und freut sich ihrer Erfolge, aber — wie soll man vermeiden, zugleich die sozialdemokratische Miliz-Forderung zu fördern? Da hat die „Kreuz-Zeitung“ ein famoseres Rezept mitgeteilt:

„Daß die Sozialdemokratie die Vorgänge in Natal für ihre Zwecke ausbeuten würde, war wohl vorauszuweisen. Denn bei ihr herrscht, wie schon oft dargelegt, die Phrasen. So wird jetzt mit dem Worte „Miliz“ dort wieder Klammern gemacht und, auf die Siege der Boeren fußend, von neuem erklärt, daß die Miliz die Zukunftsorganisation der Boere werden müsse.“

Ein klughafter Vergleich des Boeren mit dem heutigen weiß in Städten beschäftigten Arbeiter möchte genügen, um die fast humoristische Ueberhebung der Heißherzen des „Corvairs“ und deren Genossen sofort klarzustellen.

Und nun zieht die „Kreuz-Ztg.“ einen sehr interessanten Vergleich zwischen der Lebensweise der Boeren und derjenigen der deutschen Industrie-Arbeiter. Zwar ist es uns neu, daß in unserer Miliz gerade nur Industrie-Arbeiter, nicht auch Landarbeiter, ja selbst auch Landjunker dienen sollen, aber wir geben gern die Selbstverständlichkeit zu, daß der heutige Arbeiter, der industrielle wie der landwirtschaftliche, bevor er in den Militärdienst tritt, nicht ein vollendeter Soldat ist. Darum eben fordern wir „militärische Jugendberziehung“, ähnlich wie sie bei den Boeren geübt wird. Wenn die „Kreuz-Zeitung“ ferner, um die Minderwertigkeit der deutschen Arbeiter für militärische Leistungen zu erweisen, den Boeren als „selbständigen Besitzer“ und als Mann „in körperlicher Vollkraft“ preist, so erweckt sie die Erinnerung an die ungeheure Schuld der Junkerklasse, welche aus der Beschäftigung der Arbeiter ihren Reichtum und ihre Privilegien schlägt und durch schändliche Mißwirtschaft unser arbeitendes Volk um seine körperliche Vollkraft beraubt.

Allerdings die Vorbildung einer Miliz nach sozialdemokratischer Forderung wäre die Vereinfachung des Junkerregiments, das unsere Arbeiterjugend durch Hungerlöcher schwächt und durch Justizhausgesetze um die Möglichkeit einer Entfaltung ihrer leiblichen und geistigen Anlagen bringt.

Noch eins: wie denkt die „Kreuz-Zeitung“, welche die Boeren-Miliz verherrlicht, über die Thatsache, daß die Bürger-Soldaten der Boeren ihre Offiziere selbst wählen?

Sozialdemokratische Pfarrer. Der zur Sozialdemokratie übergetretene Pfarrer Blumhardt erklärte in einer Rede am vorigen Sonntag, daß die Justizhausvorlage ihn zum öffentlichen Bekenntnis seiner sozialdemokratischen Ueberzeugung veranlaßt habe. Dann sagte er:

„Es heißt immer, die Sozialdemokratie müsse ausgerottet werden. Ja, was heißt denn das? Loben wollt Ihr denn die

Millionen von Sozialdemokraten thun? Wollt Ihr sie hinhängen? Nun, wenn Ihr das wollt, dann nehmet mich zuerst! Wenn auch Schottort gegen soll, ich bin bereit, greift zu! Ich gehe voran im Namen meines Gottes!“

Den Pastoren, die weislich bei den Reichstagen der herrschenden Klasse sitzen geblieben sind, sind über diese Belehrung stark erzregt, weil sie die Wirkung auf religiöse Volksteile fürchten. So predigt der Reichsbote:

„Es muß schon ein hoher Grad subjektivistischer Verwirrung vorhanden sein, wenn ein Geistlicher so sehr die christlich-ethische Anschauung, daß alle wahre Besserung nur durch stilles Anstreben hervorgehen werden kann, so sehr vergessen hat, daß er dem Wahne verfallen kann, die Hebelkräfte der Zeit würden durch die Umwandlung der bestehenden Gesellschaft in eine sozialistische beseitigt werden.“

Und das Pastorenorgan träufelt sich mit dem Gedanken, daß Blumhardts Christentum noch mehr bedenklich werde, wenn er erst bei den Sozialdemokraten warm geworden. — Das leere Christentum der amtlich Angestellten des Christentums, gewiß; das braucht nicht einmal erst zu bedenklich, denn es müßte zuvor überwinden sein, ehe sich der Geistliche zur Sozialdemokratie bekante.

Mit bedeutungsvollen Optimismus diktiert die „Berl. Ztg.“ dem neuen Minister des Innern die Absicht sozialpolitischer Thaten an, die er offenbar gar nicht hat. Sie meldet, daß auf der Generalversammlung des Arbeitervereins zur Verbesserung des Arbeiterwohnungswezens in Köpenick der dort anwesende Ober-Regierungsrat Weinbach gesagt habe:

„Seitdem v. Rheinbaben bringe den Bestrebungen des Vereins nach wie vor das größte Interesse entgegen; den Worten würden auch bald Thaten folgen, und man werde bald von Maßnahmen hören, welche die Regierung auf dem Gebiete des Arbeiterwohnungswezens treffen würde.“

In Wirklichkeit hat er nur einige unverbindliche Worte geredet. Er sagte nach dem ausführlichen Bericht der „Allgemeinen Zeitung“:

„Daß das Interesse des Herrn Ministers für die Bestrebungen Ihres Vereins nicht erloschen ist, mögen Sie auch daraus entnehmen, daß der Herr Minister sofort nach seinem Eintritt mit dem Herrn Finanzminister in Verbindung getreten ist und entsprechend Ihren Anträgen den Gemeinden Anweisung gegeben worden ist, wie sie auf dem Wege des Erlasses der Grundsteuer dazu beitragen können, daß möglichst viele gute Wohnungen für die arbeitenden Klassen geschaffen werden. Ich glaube, es wird sich bald Gelegenheit geben, zu erkennen, daß in Verbindung warmer Fürsorge in diesen Fragen das Ministerium des Innern nicht hinter andern Ressorts zurückbleibt. Sie werden bald von Maßnahmen hören, die Ihren Bestrebungen entsprechen.“

Aus diesen harmlosen Worten „Thaten der Regierung“ zur Verbesserung des Arbeiterwohnungswezens herauszulesen, ist in der That etwas viel Optimismus.

Im Wahlkreise Kalbe-Neuerleben hat der in Aussicht genommene antisemitische Kandidat Graf Reventlow die Uebernahme der Kandidatur abgelehnt und aufgefordert, für den nationalliberalen Kandidaten einzutreten. Die antisemitische „Sachsenpost“ in Magdeburg ist mit dieser Offenbarung einverstanden, erklärt aber zugleich, daß „der Sieg des Sozialdemokraten völlig gesichert ist.“

Unsere Parteigenossen werden Sorge tragen, daß diese Prophezeiung recht befällt und unser Parteigenosse Albert Schmidt gewählt wird.

Weimar, 9. November. (Depesche.) **Interpellation über die Justizhausvorlage.** Genosse Wandert begründet seine Interpellation, aus welchen Gründen die Regierung von Weimar der Justizhausvorlage zugestimmt habe. Wandert wies nach, daß am wenigsten die Verhältnisse im Großherzogtum Anlaß zu einem solchen Gesetz gegeben haben können. Der Minister erwiderte ausweichend, Reichsgesetze hingen nicht von den Zuständen in einzelnen Bundesstaaten ab.

Dresden, 9. Novbr. (Telegramm.) Heute wurde der Landtag offiziell eröffnet. Die Thronrede hatte stark agrarische Färbung. Der Stand der Staatsfinanzen wurde als ein günstiger bezeichnet, die Reichsfinanzreform von neuem als wünschenswert bezeichnet. Die Forderungen für Gemeindefinanzen habe ein Gesetzentwurf im Auge, welcher eine durch die bisherigen Erfahrungen gebotene Änderung ihrer Verhältnisse bezwecke. Ein weiterer Entwurf erstrebe die allgemeine obligatorische Krankenversicherung auch der häuslichen Dienstboten, in Ansehung an die reichsgesetzliche Krankenversicherung der Arbeiter. Endlich gedenkt die Thronrede des bevorstehenden Inkrafttretens des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Gießen, 9. Nov. (Privat-Telegramm.) Bei der heutigen Wahl im Wahlkreise Gießen-Land entfielen von 37 zu wählenden Wahlmännern auf Scheidemann (Soz.) 19, auf Hirsdel (Antif.) und Lemm (Impart.) zusammen 21. Die Wahl wird von sozialdemokratischer Seite angefochten werden. In Henschheim, einem sonst sicheren Partei-Ort, der drei Wahlmänner stellt, wurde während der Wahl die Uhr plötzlich um 10 Minuten vorgezückt durch die Uhren des erkrankten Kirchendieners. Viele Wähler mußten deshalb vor verschlossener Thür bleiben, obwohl es noch nicht sieben Uhr war. Ferner wurden in Kleinlinden mehr als 30 Wähler, obwohl sie in der Liste standen, als Nichtstimm zurückgewiesen; die gegenwärtige Mehrheit betrug nur 20 Stimmen. **Die Wahlberechtigung hat sich gegen früher verzehnfacht!**

Darmstadt, 8. November. (Zell. Ztg.) **Landtagswahl.** Die Sozialdemokraten behaupten Langen-Henning (Kramer) und gewonnen Groß-Oraun (Verthold). Die Nationalliberalen behaupten Pfungst-Eberstadt (Haas). In Darmstadt-Land siegten die vereinigten Bürgerparteien (Moos).

In Mainz-Land siegten die Wahlmänner des Centrums mit 35 Wahlmännern gegen 16 Sozialdemokraten.

Im Reichstags-Wahlkreise Schleifstadt-Barr, wo nächsten Sonntag eine Erstausswahl für den verstorbenen Abgeordneten Spies (Merikal) stattgefunden hat, suchen die Polizei-Organen der sozialistischen Agitationsarbeit nach Kräften Schwierigkeiten in den Weg zu legen. So konfiszirte man letzten Sonntag in Schleifstadt etwa 1000 Exemplare unserer Wahlaufrufes und gab dieselben erst nach Verlauf von zwei Tagen wieder frei. Auch sonst thun Polizei und Gendarmerie so, als ob für sie das neue reichsländische Pressegesetz, das in Beziehung auf die Verbreitung von Druckschriften manche Erleichterung gebracht hat, gar nicht existiere. Von sozialistischer Seite kandidirt im Kreise Schäftelbrunn Przošek wiez-Strahburg, während die liberale Landespartei den Straßburger Rechtsanwalt Vondersee anstellt hat.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde gegen den bisher unbestraften Tischlergesellen Karl Stredel vor der Strafkammer in Halle und hinter verschlossenen Thüren verhandelt. Es kam zur Freisprechung des Angeklagten; in der Urteilsbegründung hieß es, Angeklagter sei sich der Tragweite seiner bezüglichen Äußerung nicht bewußt gewesen und das Gericht habe ihm Glauben geschenkt, daß es ihm fern gelegen, den Kaiser beleidigen zu wollen. Einziger Zeuge war ein Kriminal-Polizeiergeant.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Strahburg i. G. stand vor einigen Tagen der 18-jährige Eisenbohrer Wehrel aus Utscham unter der Anklage, im Monat März d. J. in einer Wirtschaft daselbst sich einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht zu haben. Nach den Aussagen der Zeugen befand sich Wehrel zur Zeit der That im Zustand starker Betrunktheit, sang französische Lieder und rief mehrmals „Vive la France!“ Er wandte sich mit gegogenem Messer gegen das im Lokale hängende Bild des Kaisers und ließ drohende, diesen beleidigende Äußerungen aus. Wehrel

behauptet, in seiner funktlosen Betrunktheit nicht mehr gewußt zu haben, was er that. Das Gericht ließ diesen Entlassungsgrund nicht gelten, zog dagegen das jugendliche Alter und die bisherige tadellose Führung des Angeklagten als strafmildernd in Betracht. Das Urteil lautete auf eine Gefängnisstrafe von vier Monaten.

Für unsere Frommen.

Ein schweizerischer Arzt, Dr. Sonderagger, ein sehr christlicher Mann, spricht sich, wie wir dem „Grüßliener“ entnehmen, in einer seiner Schriften wie folgt aus über unser Heuchel-Christentum:

„Ich sah viel Armut und Elend, und wenn ich von Krankenbetten zurückkehrte, an denen sogar das Fehlen, was ein arbeitsfähiger Mann seinem Tiere gewährt, und dabei hörte, wie die Sonntagsglocken von allen Seiten feierlich erklangen: dann wurde ich nicht andächtig, sondern zornig, und was man so Staat und Kirche nannte, erschien mir eine Heuchelei. Wie verehren Gott in Wort und Bild, wenn er aber selber zu uns kommt, nur in Lumpen anstatt im Zitar, dann geben wir ihm einen Knüttel. Der „Christliche Staat“ ist eine Ironie, thatsächlich herrscht nur der Stärke, wie bei den Wölfen der Prärien. Das Interesse einzelner Personen und einzelner Gruppen, nicht der Vaterlandsliebe führt in der Regel das große Wort in den Parlamenten. Wie lange haben wir Schweizer nicht debattiert über den Dreideckler und den Vierdecker, über Jagdgesetze, über gemalte Scherben und Ofenkacheln, während wir die großen Fragen der Krankenlasten, der Bundesbank und der Eisenbahnen liegen lassen, weil wir zu engstirnig und zu wenig waren, sie aufzufassen! Es giebt ja ganz gewiß ein persönliches Christentum, eine missionarische und aufopfernde Nächstenliebe, gleichmäßig verteilt unter alle Konfessionen, Juden und Heiden nicht ausgenommen, aber der Staat ist noch oft ein Heide, und wer an seine innere und äußere Politik den Maßstab eines gebildeten und ehrlichen Menschen anlegen will, der gilt als ein Narr.“

Trifft auch außerhalb der Schweiz zu. —

Ausland.

Der Komplotzprozess.

Paris, 9. November. Unter großem Andrang des Publikums wird um 1 Uhr die Sitzung des Senats als Staatsgerichtshof eröffnet, nachdem der Vorsitzende Fallières in Begleitung der Staatsanwälte in den Sitzungssaal eingetreten ist. Fallières läßt dann die Angeklagten in den Saal führen. Dieselben erscheinen unter Bedeckung von Soldaten der Garde Republicaine. Hieran wird zum Namensaufruf der Senatoren geschritten, auf welchen die Senatoren nicht antworten. Dann ruft Fallières die 14 Angeklagten auf, welche alle laut antworten. Als Déroulède bezüglich seines Standes befragt wird, erwidert er, er sei Verteidiger der Rechte des Volkes. Der Gerichtsschreiber verliest dann die Verfügung, durch welche die Angeklagten vor den Staatsgerichtshof verwiesen werden, und beginnt weiter die Vorlesung der Anklage-Akte.

Oesterreich-Ungarn.

Abgeordnetenhaus.

Am Schluß der heutigen Debatte über die Interpellationsbeantwortung betreffend die Ausdehnungen in Mähren führte Berner (Soz.) in fast dreistündiger Rede aus, die Ursache der Ausdehnungen sei die Empörung des mährischen Volkes wegen seiner Ausbeutung durch die Juden; die Ausdehnungen hätten keinen politischen sondern antisemitischen Charakter. Während der Rede Berners kam es zu einer heftigen Scene zwischen dem christlich-sozialen Probagala und dem Sozialdemokraten Meisel. Nach Berner sprach Zúrl, welcher gleichfalls bestritt, daß die Utrachen in Mähren einen politischen Charakter getragen hätten, sie seien antisemitischer Natur gewesen. Seine Partei werde sich mit den Utrachen niemals versöhnen; die Deutschen könnten nur das erreichen, was sie sich erkämpfen; die Deutsch-Madilalen würden nie Opportunistenpolitik treiben. Die Debatte wurde hierauf abgebrochen. Nächste Sitzung heute abend 8 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Notstandsvorlage.

Exzeffe.

Wie die „Neue Freie Presse“ aus Böhmischem Brod meldet, wurden am Mittwoch dort die Demonstrationen fortgesetzt. Ein Reservist, welcher sich bei der Kontrollversammlung mit „Jde“ meldete, wurde verhaftet und wegen Vergehens gegen die Subordination dem Militärgericht Josefstadt eingeliefert. Derselbe mußte durch vier Gendarmen und einen Zug Dragoner zum Bahnhof eskortiert werden. Die gesamte christliche Bevölkerung gab ihm dabei das Geleite; die Frauen überschütteten ihn mit Blumen. Nach demselben Blatt kam es gestern abend in Krakau nach einer antisemitischen Versammlung zu Straßengefechten. Ein Versuch der Aufseher, in das Judenviertel einzudringen, wurde von der Polizei zurückgewiesen.

Rußland.

Zur Wirtschaftslage.

Die russische Regierung versendet Neblamenotizen über die glänzende finanzielle Lage des Reiches. Den „Kowost“ zufolge veranlaßte der Finanzminister kürzlich die Direktoren der privaten Kreditinstitutionen, wobei er eine Anrede hielt, in welcher er hervorhob, daß die derzeitige Finanzlage Rußlands durchaus glänzend sei und zu keinerlei Finanznöten Anlaß gebe; sie überlasse sogar an Solidität die Finanzlage solcher Staaten wie Frankreich, England usw. Die Geldsteuerung sei eine Folge der allgemeinen Weltfinanzlage und werde hinsichtlich des Discontos nur indirekt auf Rußland zurückwirken. In Wirklichkeit herrsche in Rußland kein Geldmangel, auch die wirtschaftliche Lage gebe zu keinerlei Besorgnissen Anlaß. Ein weiterer Aufschwung sei mit Bestimmtheit zu erwarten. Aus alledem folge, daß mit Unversicht auf eine unbedingte Solidität der Finanzlage und der wirtschaftlichen Lage gebildet werden könne. Diese Versicherungen widerlegen nicht, sondern beweisen, daß es in der That im russischen Finanzbau misere, und die offiziellen Beschwichtigungsnotizen erhalten ihre rechte Beleuchtung durch die folgende Zuschrift, die wir über die Lage erhalten:

Seit einiger Zeit ist die ganze Finanzwelt Rußlands in starker Aufregung. Selbst Kreise, die sonst nichts mit der Börse und Dividendenpapieren zu thun haben, nehmen regen Anteil an die Geschicknisse auf dem Geldmarkte, der jetzt ein Bild der größten Ungründlichkeit zeigt. Rußland steht am Anfang einer heftigen finanziellen und ökonomischen Krisis. In den letzten Jahren hat die Industrie Rußlands einen fast ungläublichen Aufschwung genommen. Rußland ist in seine Gründerperiode gekommen. Industrielle Etablissements, Aktiengesellschaften schossen wie Pilze aus der Erde. Die „vaterländische“ Industrie wurde seitens der Regierung mit allen möglichen Mitteln unterstützt; man erhob hohe Zölle, man unterdrückte den Arbeiter usw.

Als Folge dieser liebevollen Unterstützung entstand die Spekulation mit wenigem Kapital auf hohen Gewinn. Vor allem waren es die kleineren Betriebe, die oft als Vossis nur verschiedene Kreditanstalten, nicht aber Kapital hatten. Man kann z. B. sagen, daß die meisten Unternehmungen in Lohd und Umgebung so entstanden sind und auch fortgeführt werden. Bei der geringsten finanziellen Erweiterungs, bei einer Mißernte im inneren Rußland schmelzen diese oft wie Schneebälle in der Sonne. Nun aber geht diese Gruppe von Unternehmungen einem regelrechten Krach entgegen; es wird wohl, falls nichts besonders Unerwartetes eintritt, so ziemlich ein Generalzusammenbruch sein, aus dem das Großkapital um so reichlicher hervorgehen wird.

Die Krisis kam gar nicht so unerwartet. Russische Blätter warnen längst das große Publikum, das mit einer wahren Wut sich

auf die Börsennotiz warf. Die Dividenden der Fabriken und Sawoden betragen im Durchschnitt bis 13 Proz., oft steigen sie bis 25, 30, sogar 50 und 100 Prozent. Der kleine Mann ging zur Börse und verlor diese Geldpapiere, als Folge dieses Aufstieges der Aktien stiegen die Aktien auf das Doppelte und Dreifache.

Das Publikum war auf Anteilsscheine wie besessen; diese Stimmung wuchsen Geschäftskreise sehr wohl zu verwerthen. Es wurde immer fort gegründet, die Kreditinstitute schafften das Geld sehr gerne vor, besonders industriellen Unternehmungen.

Die selben, weitestgehenden Firmen machten noch immer gute Geschäfte. Der Markt verlor nicht immer größere Warenmengen, ja in solcher Masse, daß die Nachfrage z. B. in Steinschle, Kupfer und anderen nicht befriedigt werden konnte und die Preise gewaltig stiegen. Die kleineren Werke verdrängten den großen Stand zu halten, das gelang ihnen aber schwer. Die großen hatten auf ihrer Seite das Millionenkapital, sie vergriffen in ihren Händen die kolossalen Bestellungen des Staates für ihre Eisenbahnen, Hafenbauten, Rüstungen usw. Den kleineren blieben nur die Reste übrig. Sie begannen schlechte Geschäfte zu machen, das heißt, sie gaben nicht die hohen Dividenden der Aktienbetriebe, das genügte, um das Publikum zum Rückzug zu bewegen.

Es kam die Enttäuschung und noch mehr — eine förmliche Flucht. Hierin spielt auch der Umstand hinein, daß die Banken stark in Anspruch genommen und die Prozentanforderung auf dem ausländischen Geldmarkt ebenfalls zur Erhöhung des Zinsfußes gedrängt sind. Weiter sind sie gezwungen, wegen des Preisrückganges der ausländischen Börsenpapiere, was unbedingt eine Rückwirkung auf den russischen Aktienmarkt haben mußte, ihre Finanzoperationen einzuzugeln und sie gegenüber weniger sicheren Unternehmungen ganz aufzugeben. Das mußte auf eine ganze Anzahl von Geschäften geradezu niederschmetternd wirken. Alles das merkten unterrichtete Kreise sehr wohl, sie versuchten ihr Schicksal ins Trockene zu bringen und damit war das Signal für die große Menge gegeben. In müder Hast stürzte sie davon. Es entstand eine allgemeine Panik. Selbst Aktien solider Firmen fallen in fast nie dagewesener Weise. Die Scheine einiger Unternehmungen sind ganz entwertet.

Die Regierung steht hilflos da. Womit soll sie eingreifen? Mit ihren leeren Händen?

Das Ausland hat das innere Getriebe Russlands deutlich vor Augen. Ein Drittel der Bevölkerung hungert, eine starke ökonomische und finanzielle Krise, die Leitung der Staatswirtschaft in unkontrollierbaren Händen.

Parlamentarisches.

In dem Marine-Gesetz für das Rechnungsjahr 1900 erfordert das Kapitel „Rechtspflege“ 71 230 M., d. h. 35 600 M. mehr als für das laufende Jahr. Es sind infolge der am 1. Oktober 1900 in Kraft tretenden Militär-Strafgerichts-Ordnung neu angelegt: 3 Ober-Kriegsgerichts-Räte mit 5400—6000 M. Gehalt, 14 Kriegsgerichts-Räte mit 2400—6000 M. Gehalt, 6 Gerichtsschreiber und 4 Militärgerichts-Räte. Dagegen kommen in Abgang 6 Auditeure und 2 Marine. Bei dem Kapitel „Geldverpflegung der Marine“ treten infolge des Stützengeldes hinzu 1 Vice-Admiral (12 000 M.), 3 Kapitane zur See mit je 8400 M. usw. Im ganzen belaufen sich die Ausgaben des Ordinariums des Marine-Gesetz auf 73 946 433 M., d. h. 4 895 065 M. mehr als im laufenden Jahre. Im Extra-Ordinarium werden folgende erste Vorräte verlangt: je 2 500 000 M. für die Linienfahrflotte F und G; 2 000 000 M. für den großen Kreuzer B; je 1 800 000 M. für die kleinen Kreuzer E und F; 500 000 M. für das Kanonenboot A und 2 400 000 M. als erste Rate zum Bau einer Torpedoboot-Division. Im ganzen sind für Schiffbauten angelegt 48 934 000 M., also 4 348 000 M. mehr als für das Jahr 1899. Für artilleristische Armierungen werden gefordert 17 980 000 M., d. h. 7 697 000 M. mehr als für 1899.

Im außerordentlichen Etat wird eine erste Rate von 500 000 M. gefordert zum Bau von 2 großen Trockendocks auf der Werft zu Wilhelmshaven, deren Herstellung nach einem vorläufigen Vorschlag im ganzen etwa 11 000 000 M. erfordern dürfte, von welcher Summe 1 700 000 M. abgehen, welche bis zur Fertigstellung des Docks vom Norddeutschen Lloyd gegen den dauernden Verzicht auf die der Marine aus dem Staatsverträge zwischen Preußen und Bremen vom 14. März 1893 erwachsenen Rechte an die Marinewerwaltung zu zahlen sind.

Gefordert wird ferner zum Bau eines ersten Bassins auf der Holm-Zusatz bei Danzig eine erste Rate von 700 000 M. Die Gesamtkosten der Anlage, welche ausreichende Lagerplätze schaffen soll für die auf den Werften fertig gestellten Schiffe, sind auf 3 243 000 M. veranschlagt.

Internationale Mundfrage.

Die „Petite République“ veröffentlichte wieder einige Antworten auf die von ihr gestellten zwei Fragen. Wir geben dieselben im Auszug wieder.

Vollmar.

I. Wenn ich nicht wüßte, auf welche Weise die Streitfrage entstanden ist, ich würde Eure erste Frage kaum verstanden haben. Wie der Sozialismus, der die Welt befreien und humanisieren will, sollte sich nicht beteiligen, wenn es gilt, die politische Freiheit und die Humanität zu verteidigen? Wenn das Prinzip des Klassenkampfes wirklich verlangte, daß wir stets mit verdrängten Armen zusehen sollten, sobald die Arbeiterklasse an den Begebenheiten nicht unmittelbar beteiligt ist, der Sozialismus wäre niemals jene weltbewegende Macht geworden, der die Zukunft gehört; die Sozialdemokratie wäre eine verknöcherte Sekte geworden. Aber in Wirklichkeit ist der Sozialismus weit davon entfernt, eine solche Absurdität zu verlangen.

Im weiteren spricht sich Vollmar für volle Beteiligung der Arbeiterklasse an allen politischen Tagesfragen aus; nichts dürfe ihr fremd bleiben, sie muß das Leben des Volkes und der Menschlichkeit leben und bei allen Bewegungen sich an die Spitze stellen.

II. Wie für viele andere Fragen der Praxis, so wird man auch für diese keine feste Formel zu finden wissen, die von vornherein die Lösung für alle derartigen Fälle in sich schließt. Die Politik ist keine Mathematik; sie ist eine Kunst, bei der wohl gewisse Lehen und allgemeine Regeln, basieren auf der Erfahrung, bis zu einem gewissen Grade Geltung verlangen können, bei der aber zu gleicher Zeit auch die pulsierenden Kräfte der Strömungen und Gegenströmungen fortgesetzt neue Situationen schaffen, die nur selten einander ähneln. Deswegen läßt sich die Frage nicht allgemein, sondern nur eben für diesen einzelnen Fall beantworten.

Es ist ganz gewiß, daß ein Sozialist jede Regierung der Bourgeoisie mit großem Mißtrauen betrachten muß; und er kann die Gefahr, die er für die sozialistischen Mitglieder der Regierung darin sieht, daß sie die Verantwortung für die Maßnahmen ihrer bürgerlichen Kollegen mit tragen müssen, kaum überwinden. Aber auf der anderen Seite schrempft die Zahl derjenigen Sozialisten, die an eine Katastrophe glauben, immer mehr zusammen, währenddem die ständige Eroberung der politischen Macht immer mehr als der normale Verlauf der Dinge anerkannt wird. Ich sehe also auch gar keinen Grund, warum die Sozialisten hier, wo es sich um die teilweise Westvergrößerung der ministeriellen Gewalt handelt, den veralteten Standpunkt der Abstinenz aufrecht erhalten sollten.

Die Entscheidung über die Frage, ob es wünschenswert erscheint, daß ein Sozialist in ein bürgerliches Ministerium eintrete oder nicht hängt davon ab, ob man glaubt, die Nachteile der Verantwortlichkeit scheuen zu müssen, oder ob man meint, die Vorteile nehmen zu sollen, die darin liegen, daß dadurch manche Schäden beseitigt werden können und daß dadurch eine gewisse Machtposition erobert werden kann. Dies in dem Falle Wilhelmsland definitiv zu entscheiden vermögen allein die französischen Genossen, die eine vollkommene Kenntnis der Dinge und der Personen haben.

Grenlich-Büch.

I. Der Klassenkampf des Proletariats entbindet die Sozialisten niemals von der Pflicht, für Aufgaben einzutreten, deren Lösung eigentlich Sache der Bourgeoisie wäre. Auch wir in der Schweiz müssen häufig genug bürgerliche Freiheiten verteidigen. Wo immer bürgerliche Parteien sich an der Spitze eines solchen Kampfes befinden — die Fälle werden immer seltener —, schließen wir uns ohne Zögern an.

In dem Falle Drehschiff hätten wir genau so gehandelt, wie Ihr; für jedes Ringen um die Humanität hat die Arbeiterklasse einzutreten, denn sie ist es, die unter deren Vergeßlichkeit am ehesten zu leiden hat.

II. Das sozialistische Proletariat ringt um die politische Macht. Aber, da sie in keinem Lande des Kontinents die Majorität besitzt, wird sie sich zunächst mit einem Anteil an den politischen Gewalttätigkeiten begnügen müssen, mit einem Anteil, der ihrer Macht entspricht.

Darum zögern wir keinen Moment, die Unruhen in die Municipalitäten einzutreten zu lassen, obgleich auch dort die Bourgeoisie ihre Parteigänger hat. Warum sollte es also den Sozialisten nicht erlaubt sein, in ein Ministerium einzutreten, dessen Majorität bürgerlich ist?

Die Partei riskiert nichts, sobald sie nur stark genug ist, ihren Minister zu überwachen, und wenn der Betreffende sich der Partei gegenüber verantwortungsvoll fühlt.

Zum Schluß drückt Genosse Grenlich die Hoffnung aus, daß es den französischen Genossen gelingen möge, eine große und starke Partei zu begründen.

Partei-Nachrichten.

Mit den Beschlüssen des Parteitagés erklärten sich einverstanden Parteiverfassungen in Hamburg 2. Wahlkreis, in Harzheim (Hessen), in Ehrenfeld (Rheinischer Landkreis), und in Köln (Stadt), letztere durch Annahme einer Resolution, die sich gegen eine Abspaltung Webers zur Religion wendet und eine freundlichere Stellung zur Alkoholverfrage gewünscht hätte.

Bei der Stadtverordneten-Erwahl in Kassel, welche gestern stattfand, wurden nach einem uns zugegangenen Privattelegramm vier bürgerliche Kandidaten im ersten Wahlgange gewählt. Vier unserer Genossen stehen in Stichwahl. Die Wahl zweier dieser Genossen ist gesichert, sodas auch in der Stadtverordneten-Versammlung in Kassel unsere Genossen einträgliches Wort mitzureden haben werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bötcher! In der Kofffabrik von Koch, Inhaber Leby, haben die Lagerfabrik-Arbeiter wegen Lohnminderungen die Arbeit eingestellt. Der Zugang ist streng fern zu halten. Der Vorstand.

Deutsches Reich.

Bekämpfung der Gewerkschaften in Weimar. Welche wunderbare Blüten die Furcht vor dem Eindringen des „sozialistischen Giftes“ mitunter zu treiben vermag, das kann man gegenwärtig im Großherzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach wahrnehmen; insbesondere zeichnet sich hierin aber die Residenzstadt Eisenach aus. Schon seit geraumer Zeit wurden geradezu schablonenmäßig alle Versammlungen, in welcher ein auswärtiger Redner sprechen sollte, verboten. Die Leser des „Vorwärts“ werden sich erinnern, daß wir schon einmal genötigt waren, jene durch nichts zu rechtfertigenden Maßnahmen zu charakterisieren. Eine Verfügung, welche an den Einberufer einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung, in welcher Schlegel aus Berlin über die Zuchtensvorlage sprechen sollte, gerichtet ist, lautet:

Eisenach, den 8. November 1899.

Der Vorstand der Residenzstadt Eisenach P. 9187.

Sie haben für Montag, den 6. d. M., eine Versammlung angemeldet, in welcher der Schlosser Friedrich Schlegel aus Berlin einen Vortrag über den Gesetzentwurf zum Schutze Arbeitswilliger halten soll.

Da der Genannte sozialdemokratischer Agitator ist und demnach angenommen werden muß, daß sein Vortrag lediglich den Zwecken sozialdemokratischer Propaganda dienen und mit Rücksicht auf das gewählte Thema einen besonders aufreizenden Charakter tragen wird, so wird die angemeldete Versammlung wegen der von ihr erwartenden Gefährdung der öffentlichen Ordnung hiermit verboten.

Müller.

An den Drehschiff D. Seidel

D. S.

Die Geldentlastung ist vollbracht, der Staat gerettet; mit welchem Zehrbild wird vorausgesetzt, daß der Vortrag einen besonders aufreizenden Charakter tragen wird. Schlegel hat in Eisenach gelegentlich der Reichstagswahl und auch in einigen anderen Versammlungen gesprochen, die Versammlungen sind alle ruhig, ohne Störung verlaufen und nun auf einmal soll das so ein ganz gefährlicher Aufwiegeler sein. Vielleicht aber irren wir uns auch mit dieser Ansetzung der Versammlung, vielleicht meint die Behörde, der Gesetzentwurf sei aufreizender Natur, und da soll sie ja ausnahmsweise einmal recht haben, wenn sie auch dadurch sich noch lange nicht das Recht erwirbt, jemandem, der beabsichtigt, in objektiver Weise die Gefahren eines derartigen Gesetzentwurfs für die Arbeiter klarzulegen, das Reden zu verbieten. Oder hat die Behörde verhalten wollen, daß unser Genosse eventuell eine Anklage wegen Aufreizung zum Klassenhaß bekommt?

Welche Gründe es aber auch gewesen sein mögen, mindestens wird durch derartige Verfügungen gezeigt, woher der Wind weht: man arbeitet mit allen Mitteln, um eine Ausprägung über die reaktionären Maßnahmen der Regierungen zu verhindern; unsere Genossen mögen deshalb mehr denn je auf dem Posten sein.

Ein musterhaftes Dorf scheint das Dorf Farge im Regierungsbezirk Stade zu sein. Dasselbe zählt nur etwa 900 Einwohner, beherbergt nicht einmal einen Gendarmen, wird aber vom 1. Januar d. J. an ein Gewerbezirk erhalten. Große Städte mögen sich daran ein Beispiel nehmen.

Ueber Exzesse arbeitswilliger Maurer wird dem „Hamb. Echo“ aus Lüneburg geschrieben: Von den während des Maurerstreiks von den Unternehmern hierhergezogenen arbeitswilligen Arbeitern noch zwölf beim Bau der Jernanbahn. Diese Leute, meist Trunkenbolde, haben mehrfach grobe Exzesse verübt und die am Streik beteiligten gewesenen Maurer bedroht und belästigt, weshalb am Montag 88 hiesige Maurer am Bau der Jernanbahn die Arbeit einstellten und erklärten, dieselbe nicht eher wieder aufnehmen zu wollen, bis die arbeitswilligen entlassen seien. Bei der darauf erfolgten Unterhandlung kam eine Einigung zu stande, nach welcher die arbeitswilligen Knoddes nach Beendigung der kontraktlich festgesetzten Arbeit, etwa in 14 Tagen, entlassen werden sollen, die Einheimischen die Arbeit aber fortsetzen sollten. Diese wurde denn auch von den 88 Mann wieder aufgenommen. An demselben Tage, an dem der Herr Regierungspräsident v. Dergin in sein Amt in Lüneburg eingeführt wurde, erzielten sich diese Exzesse. In ganz kurzer Zeit wird der Reichstag zusammentreten und über die Zuchtensvorlage beraten. Die Regierung wird wohl neues Material zur Begründung zusammengetragen haben. Vielleicht wird auch noch die famose Denkschrift erweitert. Es wäre doch recht schade, wenn die hier geschilderten Vorgänge dabei fehlten. Wir empfehlen daher dem Regierungspräsidenten, sich von der hiesigen Polizei genau Vortrag darüber halten zu lassen. Diese kann über das Verhalten derjenigen, die nach der Zuchtensvorlage eines besonderen Schutzes bedürftig sind, noch viel mehr berichten. Sollte der Herr Regierungspräsident einen Bericht hierüber an den Verfasser einer Verbesserung

Denkschrift einzusenden haben, würde er vor seinem Vorgänger den Vortrag haben, daß er bestimmte Fälle anzuführen kann und sich nicht in allgemeinen Redensarten zu bewegen brauchte.

Der Ausstand der Kesselschmiede bei der Firma Siller u. J. a. m. a. in Darmen ist nach einjähriger Dauer durch beiderseitiges Uebereinkommen beigelegt worden. Die Arbeit ist bereits wieder aufgenommen.

Ausland.

Die Tapezierer der Firma Wolf u. Aschbacher in Zürich stehen seit dem 6. November im Streik. Zugang ist strengstens fernzuhalten. Die Kommission.

Im Stockholmer Buchbinderstreik haben nun endlich die Meister in Verhandlung in einem gemeinsamen Ausschuss der beiden Verbände gewilligt und hat man sich betreffs des Minimallohnes auf die vom Buchbinder-Gesellen-Verband im Vermittlungsvorschlag angelegten Beträge von 20, 22 und 23 Kronen pro Woche geeinigt. Auch über die Arbeitszeit und Arbeitsverteilung ist Einigung erzielt. Nur über die Ertragszahlung an Sonn- und Feiertagen schweben noch die Verhandlungen. Es zeigt sich hier, welchen Nutzen es hat, wenn sich die Arbeitgeber auf friedliche Verhandlung einlassen. Wärdten sie es gleich gethan, wäre die ganze Arbeitseinstellung unterblieben.

Russische Streiks und die Staatsgewalt. Wie aus einem im Organ der sozialdemokratischen russischen Zeitschrift „Kalamunje“ („An der Schwelle“) veröffentlichten Bericht aus Warschau hervorgeht, muß die Schuld an dem für die Arbeiter ungünstigen Ausgang des Massenstreiks in Polen ausschließlich den russischen Behörden zur Last gelegt werden. Die Zahl der Streikenden betrug über 80 000 und ist bisher nur einmal, im Jahre 1892, wo in Lodz 80 000 Arbeiter streikten, übertrumpft worden. In diesem Falle handelte es sich aber ausschließlich um Lohnfragen und örtliche Interessen der Lodzer Arbeiter, während der letzte Streik auf dem Boden einer organisierten polnischen sozialdemokratischen Bewegung stand und die Arbeiter entsprechende Forderungen stellten. Die Partei hatte sich auch die erdenklichsten Mühen gegeben, um einen Zusammenstoß oder Reibereien mit der Polizei und Gendarmen, die gleich in den ersten Tagen nach Ausbruch des Streiks die von Arbeitern bewohnten Stadtviertel mit ihren Herden überfluteten, zu verhindern und der Haltung der Arbeiter konnte nicht der geringste Tadel zu teil werden. Anfänglich schien denn auch der Streik einen günstigen Verlauf nehmen zu sollen, da die Unternehmer die Arbeit meist zum bestmöglichen Termin fertig haben mußten und andererseits die herumlungenden Polizisten, Gendarmen und Kosaken sich mit der Aufrechterhaltung der Ordnung begnügten. Die Unternehmer waren auf dem besten Wege, nachgeben zu müssen, als die Grobschmiedfabrikanten von dem Generalgouverneur zu einer intimen Konferenz befohlen wurden. Während nun der Generalgouverneur sich bei den Grobschmiedern ins Zeug legte, sie sollten ja keinen Finger breit den „Rebellen und Banditen“ (Puntowschik!) nachgeben und den „Sieg der Revolution“ um jeden Preis verhindern, bearbeiten die untergeordneten Polizei-Organen und die Fabriks-Inspektionsbeamten, die stets Hand in Hand zu geben pflegen, die „kleineren“ Fabrikanten und Kleinmeister in demselben Sinne.

Die Folge dieser Beratung zwischen Kapital und Staatsgewalt bildete ein an allen Ecken und Enden der Stadt angelegener Erlaß des Oberpolizeimeisters, in welchem den Streikenden befohlen wurde, die Arbeit bis Mittag desselben Tages wieder aufzunehmen, widrigenfalls sie verhaftet, die „Rebellenführer“ und „Hauptstüßigen“ aber in das Gefängnis gesetzt würden. Diesem Befehle wurde natürlich nur von den wenigsten Arbeitern Folge geleistet und als nach weiteren 24 Stunden auch noch die Wehrheit der Arbeiter in der Umgebung von Warschau Streik angekündigt hatte, griffen Polizei und Kosaken, ohne daß auch nur ein Fall einer öffentlichen Unruhe irgend welcher Art seitens eines Arbeiters bekannt geworden wäre, zur Gewalt. Die Arbeiter wurden mit Kosakenpeitschen und Gewehrholben-Schlägen in die Fabrikshöfe hineingekannt, wenn es nicht gelang, sie unter dem Vorwande, der Befehl wolle mit ihnen unterhandeln, sie freiwillig zu bewegen, den Hof zu betreten. In den Höfen wurden die Männer in Ketten geschlossen, die Frauen und jungen Mädchen aber mit Striden an die Pferde gebunden und dann mit Hieben in das Gefängnis hineingekannt. So wurden mehrere Hunderte in den Warschauer Gefängnissen untergebracht, während über 2000 unter Polizeibegleitung nach ihren Geburtsorten, zum Teil aber nach den Industriegebieten Siedlungslands, in denen sogenannte Leutenot herrschte, geschafft wurden. Fluchend und zähneknirschend angesichts dieser himmelschreienden Gewaltthaten lehrten die Arbeiter am darauffolgenden Tage zur Arbeit zurück.

Auch das Schicksal des Grubenarbeiter-Streiks in Dombrowo, von dem wir seiner Zeit bereits berichteten und an dem, wie jetzt festgestellt worden, über 15 000 Arbeiter teilnahmen, nahm einen ähnlichen Verlauf. Wie ein Vergnügen, der nach zweimonatlicher Gefängnishaft wieder entlassen wurde, berichtet, äußerte zu mehreren Arbeitern bei ihrer Verhaftung einer der Polizeibeamten, nur der Mangel an Gefängnissen im Gouvernement Petricani verhindere es, daß nicht alle „Aufwiegeler“, d. h. sämtliche streikenden Arbeiter hinter Schloß und Riegel gesetzt würden.

Sociales.

Die Unternehmer und die Statistik. Aus Wien wird uns unter dem 8. November berichtet: Wie die Unternehmer bestrebt sind, die Erforschung der Lage „Ihrer“ Arbeiter mit allen Mitteln zu hintertreiben, zeigt ein Konflikt, der sich zwischen dem arbeitsstatistischen Amte und dem Centralverein der Bergwerksbesitzer Oesterreichs entwickelt hat. Das arbeitsstatistische Amt ist eine Schöpfung des ehemaligen Handelsministers Paerzreiter; es wurde, da das Abgeordnetenhaus die betreffende Gesetzentwurf infolge der Obstruktion nicht erledigt hatte, im Sommer 1898 mittels kaiserlicher Entschlüsselung ins Leben gerufen. Die in dem Gesetzentwurf ausgesprochene Verpflichtung der Unternehmer, bei den statistischen Erhebungen, die von dem Amte unternommen werden, ihre Mittheilung zu leisten, mußte deshalb aus dem Statut weggelassen werden. Nun beschloß der arbeitsstatistische Beirat des Amtes, der aus Vertretern der Unternehmer, Arbeitern und Männern der Wissenschaft besteht — als erste Untersuchung eine Erhebung über die Lage der Arbeiter im mährisch-schlesischen Kohlenrevier vorzunehmen. Die Erhebungen sollten durch individuelle Befragung der Arbeiter an Ort und Stelle erfolgen und zwar durch Organe der Arbeiter selbst. Dazu wäre natürlich die Unterstützung der Bergwerksbesitzer notwendig und das arbeitsstatistische Amt wandte sich deshalb an den Centralverein, der Vereinigung sämtlicher österrischer Bergwerksbesitzer, um seine Unterstützung für diese nur der Erforschung der Wahrheit dienende Befragung zu erwirken. Die Antwort, die die Unternehmerorganisation auf dieses Ersuchen gab, ist ein Denkmal protzhaften Uebermutes. Die Unternehmer erklärten vorerst, den Erhebungen nur dann zuzustimmen, wenn gleiche Erhebungen auch über die Lage der Arbeiter geographischer, industrieller und landwirtschaftlicher Betriebe desselben Bezirkes zum Vergleich herangezogen werden, jeder Biffer, welche über die Bergarbeiter erhoben wird, auch die entsprechende Biffer aller anderen Arbeiter gegenübergestellt wird. Was damit bezweckt werden soll, ist klar: die zäthige Besorgnis der Grubenbarone für die landwirtschaftlichen Arbeiter entspringt der Hoffnung, daß eine so umfassende statistische Aufnahme solche Schwierigkeiten machen und soviel Vorbereitungen erfordern würde, daß sie sich jahrelang hinziehen, vielleicht gar einschlagen würde. Noch unerschämter ist die zweite Forderung: die Bergwerksbesitzer verlangen, daß bei „gewissen Fragen“, die an die Arbeiter gerichtet werden sollen, die Vertreter der Bergwerksbesitzer anwesend sein können. Um die Angaben der Arbeiter eventuell „richtigzustellen“, sagen sie; um sie einzuschüchtern, sagen wir.

Veranstaltungen.

Die Metallarbeiter waren am Dienstag in den „Arminhallen“ äußerst zahlreich vertreten, um Stellung zu nehmen zu dem Antrag der Firma Altmann u. Co. in Marienfelde und die Unterstützungsforderung zu regeln. Bauer schilderte die belamten Ursachen des Ausstandes. Sodann wendet sich Redner in scharfer Weise gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, dessen Verhalten gegenüber den Streikenden er und mehrere andere Redner verurteilen. Einige anwesende Mitglieder des Verbandes suchen das Verhalten des Verbandes zu rechtfertigen. Schließlich findet nachstehende Resolution Annahme: Die Versammlung erklärt sich mit dem Ausstande bei der Firma Altmann u. Co. in Marienfelde einverstanden. Sie verurteilt auf das allerentschiedenste das Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und verpflichtet sich, für die Ausgepörrten die volle Solidarität zu wahren und dieselben mit allen Kräften zu unterstützen.

Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit dem Hinweis, daß das Streikbureau sich bei Hahn, Stralauerstr. 48, befindet.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Alabaster-Fabriken waren am Dienstagabend Gegenstand einer gutbesuchten Versammlung der in diesen Fabriken beschäftigten Arbeiter. Wie Schöbel in seinem einleitenden Referat bemerkte, seien die Zustände in diesen Betrieben bisher wenig in die große Öffentlichkeit gedrungen, weil die Alabaster-Arbeiter bisher fast gar nicht organisiert waren und mit ihren traurigen Verhältnissen sich zufrieden gaben. Die Zustände in einigen Arbeitsstätten spotteten aber geradezu jeder Beschreibung. Nicht nur fehle es an der durchaus notwendigen Lüftung und Reinlichkeit, in den fortwährend von Staub erfüllten Räumen, obwohl dies längst von dem Gewerbeinspektor verlangt wurde, es werde infolge der niedrigen Löhne auch noch überzogen gearbeitet. Accordarbeit ist überwiegend und dürfte auch leider nicht so rasch zu beseitigen sein. Die Hausindustrie und Frauenarbeit, sowie die große Zahl der ungelerten Arbeiter haben traurige Zustände und niedrige Löhne gezeitigt. In den Ankleideräumen müssen vielfach männliche und weibliche Arbeiter sich gemeinsam umkleiden. Für Waschlageplätze ist fast gar nicht gesorgt, so daß es die Arbeiter eben vorziehen, mit allem Staub und Schmutz behaftet die Arbeitsstätten zu verlassen. Da nunmehr in den letzten Monaten die Organisation des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sich mit der Beseitigung dieser Uebelstände befaßt und einen Teil dieser Arbeiter zur Organisation herangezogen habe, seien auch bereits die üblichen Maßregelungen erfolgt! Redner schließt mit der Aufforderung zur Einigkeit, damit durch ein gemeinsames Vorgehen aller Arbeiter und Arbeiterinnen eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Beitritt zur Organisation erzielt werde.

Es erfolgte nunmehr eine mehrstündige Besprechung, in deren Verlauf von einer großen Anzahl Arbeitern die Zustände in den einzelnen Betrieben in sehr drastischer Weise geschildert wurden. Leider seien aber viele Uebelstände durch die Gleichgültigkeit und Lässigkeit der Arbeiter selbst verdrängt. Einigen Werkführern wurde Vorschläge gemacht, Augenblicklich handle es sich darum, die günstige Geschäftslage auszunutzen und möglichst bald einen geeigneten Tarif für alle Sonderarbeiten fertig zu stellen, um diesen den Fabrikanten zur Verwilligung zu unterbreiten, was in den nächsten Tagen geschehen soll. Auch die 10 Proz. sogenannten „Dampfgelder“, welche die betreffenden Arbeiter, Drechsler etc. für Benutzung der Maschine zu zahlen haben, sollen ermäßigt oder gänzlich beseitigt werden. Roos, Bunte und Schöbel warnen davor, aus eigenem Antrieb die Arbeit niederzulegen ohne Einwilligung der Ortsverwaltung des Verbandes. In den nächsten Tagen sollen Werkstubeversammlungen einberufen und die Tarifforderungen etc. besprochen werden. Ueber Vorläufige wegen Maßregelungen und Lohnfreiheit in den einzelnen Betrieben ist dem Vertrauensmann bezw. der Organisation des Holzarbeiter-Verbandes sofort Mitteilung zu machen. In einer einstimmig angenommenen Resolution verpflichteten sich die Anwesenden, die Arbeit in allen Betrieben sofort einzustellen, falls in diesen Tagen noch weitere Maßregelungen statfinden sollten.

Die Bauanschläger hielten am Dienstagabend eine öffentliche Versammlung für den Süden und Niddorf bei Ewald, Schönleinstr. 6, mit der Tagesordnung: „Unser Lohnfrage“ etc. Mehrere Redner erläuterten die bisher gefassten Beschlüsse betreffs unserer Lohnbewegung und ermahnten die Niddorfer Kollegen sich dem anzuschließen. Im Namen der Niddorfer Bauanschläger sprach Berlin und bei der Abstimmung erklärten sich dieselben voll und ganz für Anschluß an die Berliner Lohnbewegung. Unter Verschiedenen streifte Wegener-Britz das Entrepreneur-Umwelten in unserem Beruf. Dasselbe fällt aber, wie unsere Redner erläuterten, mit Anerkennung des Lohnarbeits von selbst. Die Zahlstelle für Niddorf wurde beim Restaurateur Ringer, Vergstr. 7, festgesetzt.

Erker. Am Sonnabend fand hier in Brodts Lokal eine öffentliche Volksversammlung statt, die wieder sehr gut, besonders auch von Frauen, besucht war. Eingangs sprach, oft lebhafte Zustimmung unterbrochen, Genosse Kogge über den Kampf gegen das Unrecht; reicher Beifall belohnte ihn. Nach einer kurzen Diskussion ging die Versammlung zu Punkt 2 der Tagesordnung über, das heißt zu den zwei Fragen, die namens der Parteigenossen an Herrn Pfarrer Lamprecht zu Waltersdorf-Erker gestellt werden sollten. Die erste lautete: „Die Hölle des Herr Pfarrer mit dem Begriffe der christlichen Nächstenliebe für vereinbar, in der Konfirmandenstunde die Socialdemokratie schlecht zu machen?“, während an zweiter Stelle über den Ursprung und die Verwendung des sogenannten Bierzeitungsgeldes gefragt werden sollte. Genosse Karl Müller kritisierte zunächst die Taktlosigkeit, die der Herr Pfarrer dadurch begangen habe, daß er auf einen höflichen Brief des Referenten in dieser Angelegenheit einfach geschwiegen hat. Unter allseitiger lebhafter Zustimmung verurteilte der Redner den Thatsachendruck, der der erwähnten ersten Anfrage zu Grunde liegt, zumal gerade in diesem Jahre viele Kinder parteigenössiger Eltern den Konfirmandenunterricht besuchten. Die Frage nach Ursprung und Verwendung des Bierzeitungsgeldes mußte Redner offen lassen, da eben S. Hochwürden nicht erschienen waren. Jedenfalls sei es vielen eine unangenehme Sache, warum und wozu der evangelische Christ jährlich 50 Pf., d. h. die Arbeiterfamilie in der Regel 1 M. im Jahre, Sondersteuer außer der Kirchensteuer zahlen muß. Aus den Wahlen gingen Hensel als Vertrauensmann und Klemmowicz sowie Hermann als Lokalkommissionsmitglied hervor. Endlich forderte Müller die Genossen, die gern tanzen, auf, recht stark Brodts Lokal oder das Kurhaus zu besuchen, denn zum Nichtbesuchen des gesperrten Müllerschen Lokals hätte er nicht auffordern können, ohne die üblichen 5 M. und 1.20 M. Gerichtskosten abladen zu müssen. Mit einem jubelnden Hoch auf die Socialdemokratie schloß die Versammlung, die u. a. zur Folge hatte, daß sich 14 Arbeiter der hier bestehenden Zahlstelle des Verbandes der Fabrikarbeiter neu anschlossen.

Der Krieg.

Neue Rüstungen.

„Daily Chronicle“ berichtet, daß eine bedeutende Sitzung des Kabinettsrats unmittelbar bevorstehe. Derselbe wird die Frage der Mobilisierung eines oder zweier weiteren Armeecorps in Erwägung ziehen.

Eine „Gerold“-Meldung aus London besagt: Augenblicklich werden im Feldlager von Aldershot Vorbereitungen für Truppenkonzentrationen getroffen. Es handelt sich zunächst um die Mobilisierung einer Division. Die Mobilisierung eines neuen Armeecorps ist noch nicht definitiv beschlossen.

Die Lage um Ladysmith.

Die Londoner Blätter geben jetzt selbst zu, daß die Erfolge, von denen neuerdings berichtet worden war, auch nicht von Bedeutung waren.

Die „Times“ melden vom 6. d. M. aus Pietermaritzburg: Die durch Elsboden hierher gelangten Nachrichten über die Gefechte bei Ladysmith vom Donnerstag und Freitag sowie der amtliche Bericht modifizieren die früheren Nachrichten von bedeutenden Erfolgen der Engländer, nichtdestoweniger waren die Operationen erfolgreich. Ein weiteres Fortrücken der Boeren wird noch durch die englische Streitmacht bei Ladysmith verhindert; die Eisenbahnverbindung ist noch abgeschnitten.

Allerdings ohne wenigstens eine Siegesfanfare geht es bei den Engländern nicht ab. Aus Esicourt wird vom 5. November gemeldet: Ein gepanzerter Zug, welcher zur Belagerung der Eisenbahnlinie von hier abgeandt war, traf bei Colenso auf Boeren. Er eröffnete das Feuer auf den Feind, welcher sich mit Verlust zu rückzog. Der Zug fuhr dann nach Colenso hinein und es gelang ihm, vier Wagenladungen mit Geschossen, Lebensmitteln und sonstigen Vorräten von Fort Dwyer wegzubringen. Hiernach lehnte der Zug hierher zurück.

Weit früher schiedert eine andere Meldung des „Neuerischen Bureau“ aus Esicourt vom 6. d. M. die Lage: Der Befehl des Eisenbahn-Hotels in Ladysmith ist hier eingetroffen und berichtet, daß die Boeren fortfahren, die Stadt zu beschießen. Keins der britischen Geschütze scheint im Stande, den Belagerungsgeschützen der Boeren stand zu halten.

Vor allem scheint es außer Zweifel, daß die Hauptstadt der Natalprovinz Pietermaritzburg bereits durch ein Boerendetachement unter Lucas Meyer stark bedroht ist.

Paris, 9. November. „Liberte“ erhält aus Amsterdam die Bestätigung der gestrigen Meldung über die Anfreibung eines englischen Kavallerieregiments bei Ladysmith am letzten Freitag. Das Regiment ist von den Feindtruppen vollständig aufgerieben. 600 englische Soldaten wurden kampfunfähig gemacht und 300 Pferde erbeutet.

Paris, 9. November. Der „Temps“ veröffentlicht folgendes Telegramm aus London: Ein Telegramm aus Kapstadt berichtet, daß General White seine sämtliche Munition verschossen hat und gezwungen ist, sich den Boeren zu ergeben. General French ist zu diesem Zwecke nach Kapstadt gereist, um dem General Buller die Bedingungen der Kapitulation von Ladysmith zu unterbreiten oder von ihm die Bedingungen für einen letzten verzweifelten Ausfall einzuholen.

Belagerung von Kimberley.

Aus Oranjeriver wird dem „Neuerischen Bureau“ vom 6. d. M. gemeldet: Die Kimberley belagernden feindlichen Truppen sind um 2000 Mann verstärkt worden, so daß die gesamte Streikraft der Boeren vor Kimberley sich jetzt auf fast 6000 Mann beläuft. Die Boeren fahren fort, die Farmen zu plündern und haben in der Umgebung von Kimberley befindliche Kaufleuten aus Kimberley gehörige Güter, die auf 5400 Pfund Sterling geschätzt werden, weggenommen, um zu verhindern, daß sie in die Stadt gelangen.

Die Delagoabai.

Wien, 9. November. Einer Lissaboner Meldung der „Politischen Korrespondenz“ zufolge erklärte die portugiesische Regierung auf Anfrage mehrerer Mächte alle Gerüchte betreffend angeblicher Abmachungen mit England über die Delagoabai für unbegründet.

Letzte Meldungen.

London, 9. November. Der Dampfer „Roslin Castle“ ist in Kapstadt mit 2 Bataillonen Infanterie und einer Abteilung Offiziere eingetroffen.

London, 9. November. Bei dem Lordmayors-Bankett erklärte Feldmarschall Buller in Beantwortung eines Toastes auf die Armee, die irregulären Streitkräfte in Südafrika hätten sich würdig erwiesen, den Platz neben der regulären Armee bei der Verteilung des Reiches einzunehmen, alsdann sagte der Redner hinzu, es sei heute der Befehl ergangen, eine weitere Armeedivision zu mobilisieren; die Verwaltung sei im Stande, nötigenfalls ein zweites Armeecorps zu mobilisieren.

Kapstadt, 6. November. (Meldung des „Neuerischen Bureau“.) Die Meinung ist unzweifelhaft vorherrschend, daß die Bemühungen, welche durch den Mut der Boeren bei den letzten Kämpfen hervorgerufen wurde, eine vortreffliche Vorbedeutung für eine künftige friedliche Beilegung bildet. Die gefangenen Boeren sind jetzt an Bord des Kriegsschiffes „Venelope“ in Simonstoun gut untergebracht, es ist ihnen gestattet, Besuche zu empfangen. Sie drücken alle ihre Dankbarkeit für die freundliche Behandlung aus.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Komplottprozess in Paris.

Paris, 9. November. (W. L. V.) Die Verlesung der Anklageakte ergibt, daß man den Nachweis führen will, daß eine geheime Verbindung der antisemitischen Verbände und der Patriotenliga mit der royalistischen Verbindung bestand hat.

Nach einer Unterbrechung wird die Verhandlung um 4 1/4 Uhr wieder aufgenommen. Die Angeklagten werden hereingeführt. Mehrere Rechtsanwälte bringen Anträge ein, in denen sie verlangen, daß die Senatoren, die in der am 18. September stattgehabten Sitzung des Staatsgerichtshofes nicht anwesend waren, auch an den gegenwärtigen Verhandlungen nicht teilnehmen können. Der Generalstaatsanwalt erklärt, er überlasse die Beurteilung dieser Angelegenheit dem Staatsgerichtshofe. Fallières sagt, der Gerichtshof werde hierüber sofort im Beratungszimmer beraten und vertritt alsdann die öffentliche Sitzung auf morgen. Hiernach wird die Sitzung geschlossen.

Die Zeugen, etwa 400 an der Zahl, welche während der Verhandlung geladelt hatten, ließ man nur in Gruppen zu 10 Personen den Saal verlassen. In den Straßen um das Palais de Luxembourg herrscht Ruhe.

Paris, 9. November. (W. L. V.) In geheimer Beratung, welche um 6 Uhr beendet war, wurden die Anträge der Abolaten mit 180 gegen 60 Stimmen angenommen. Fallières hatte sich gegen dieselben ausgesprochen.

Paris, 9. November. (W. L. V.) Vor dem Senatsgebäude kam es heute nachmittags gegen 4 Uhr zu heftigen Aufritten. Die Polizei zerstreute die Menge, welche die Marciellaise sang. Im Zeugensaal fanden ebenfalls Tumulte statt. Die 600 Zeugen sangen und brachten Huldrie aus auf die Kommune, Déroulede und Rochefort. Einige Zeugen liebten Papierstreifen, welche die Namen Déroulede und Rochefort trugen, an die Wände und an die Marmorfiguren. Um 1/2 Uhr wurden die Zeugen verabschiedet. Dies gab an der Straße Anlaß zu neuen Kundgebungen. Die republikanische Garde zerstreute die Menge und räumte den Platz.

Osabrück, 9. November. (W. L. V.) Das Landeskonfistorium verurteilte heute den Pastor Weingart zur Amtsenthebung mit Gewährung von Ruhegehalt.

Frankfurt a. M., 9. November. (W. L. V.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Madrid: Infolge der Reden verschiedener Abgeordneter entschloß sich die Regierung, die Vorlage betreffend die Staatspensionen, die 21 Millionen Ersparnis bringen sollten, grundsätzlich aufzugeben. Die Pisser der Ersparnisse ist demnach auf 40 Millionen zusammengeschmumpft.

Wien, 9. November. (W. L. V.) Das Exekutivkomitee der Rechten sagte den Beschluß, für die Aufhebung des Zeitungskampels zu stimmen.

Wien, 9. November. (W. L. V.) Ludwig Freiherr Veitens-Kirnsfeld, der Rechnungsräsident des obersten Rechnungshofes, hat seinem Leben durch Erschießen ein Ende gemacht. Man weiß noch nicht, was ihn zu dem Selbstmorde veranlaßt hat.

Paris, 9. November. (W. L. V.) Nach einem in den Wandlungen des Palais Bourbon umlaufenden Gerücht soll die Regierung beabsichtigen, einen Amnestie-Antrag einzubringen, bezüglich aller Angelegenheiten, die mit der Dreifusache in Verbindung stehen.

Caracas, 9. November. Die Stadt Puerto Cabello hat sich gegen General Castro erhoben. Morgen wird das Vordement auf die Stadt eröffnet werden.

Interessant ist nun, wie sich gegenüber diesen Praktiken die staatliche Behörde verhält. Da das arbeitsstatistische Amt diesen teils lächerlichen, teils listigen Forderungen die Erfüllung weigerte, verlegten sich die Unternehmer auf den passiven Widerstand. Ihre Direktoren erklärten dem Amt, die Fragebogen nicht ausfüllen zu wollen und abzulehnen zu müssen, an den Erhebungen aktiv teilzunehmen. Darauf wandte sich der Handelsminister Dipauli selbst an den Grafen Parisch, den Präsidenten des Vereins und Besitzer des Friedhofes von Karvin, wo so viele hundert von Proletariern den in der Grube erlittenen Tod schlafen, um den Herrn für die Enquete freundlicher zu stimmen. Da die Vergleichsbefugter, diese Ermittlung, es nicht verschmäht hatten, auf die Kosten, die ihnen angeblich die Enquete bereiten würde, hinzuweisen, so offerierte ihnen Herr v. Dipauli einen Kredit von 10 000 Gulden. Alles das nützte nichts. Der Centralverein beantwortete die devoten Vorstellungen des Handelsministers mit einem höhnischen Schreiben, und als das Ministerium Thun gefallen war, wandte er sich mit einer Petition an den Grafen Clary, dem Chef der neuen Regierung, dem als Ackerminister das Vergewissen untersteht und der von seiner schlesischen Statthaltertschaft her bei den Grundbesitzern im besten Andenken steht. Die Petition ist ein großes Pamphlet gegen die Arbeiter, und damit nicht genug, eine dreifache Inzulie gegen das arbeitsstatistische Amt, dem in echter Unternehmerfreudigkeit vorgeworfen wird, daß es „mangels ausreichender Kenntnis der tatsächlichen Betriebs- und Arbeitsverhältnisse beim Versuch die Tragweite seiner Entschlüsse ebensowenig beurteilen kann wie der ständige Arbeitsbetrie“. Die Sache gelangte in der Sitzung des Arbeitsrates am Sonnabend zur Besprechung und es wurde beschlossen, sich den gesamten Schriftenswechsel — bekannt war die Affaire durch eine „indiskrete“ Veröffentlichung der „Ab. Ztg.“ geworden — vorlegen zu lassen und sodann die nötigen Schritte zu unternehmen.

Der Verlauf der ganzen Angelegenheit ist typisch für die Feindseligkeit, womit sich Unternehmer überall und allezeit der Erforschung der Wahrheit entgegenverwehren. Ihre Thaten betragen eben das Nicht, denn viele Dinge sind in der Welt nur möglich, weil man nicht weiß, wie sie sind.

Geriichts-Beitrag.

Verbrechen oder Wahnsinn? Im Wege des Wieder-aufnahme-Verfahrens wurde gestern vom Schwurgericht am Landgericht II ein Mann freigesprochen, der seiner Zeit zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt worden war und auch einen Teil dieser Strafe bereits verbüßt hat. Der Angeklagte war der ehemalige Versicherungsinspektor Ernst Hermann Lorenz Wille, der seiner Zeit von einem Mittergutsbesitzer adoptiert worden ist und sich mit Vorliebe Ernst von Wille nennt. Hervorragende Verschwendungssucht und unbeschreiblicher Leichtsinns haben ihm vor mehreren Jahren eine Strafe wegen Betruges eingetragen. Er stand dann am 7. Mai 1897 unter der Anklage eines Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einer verheirateten Frau, vor den Geschworenen des Landgerichts II und wurde trotz seines energischen Bestreitens zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt. Die Revision hatte keinen Erfolg und Wille wurde am 23. Juli 1897 in die Strafanstalt zu Brandenburg übergeführt. Schon dem Arzte des Berliner Untersuchungsgefängnisses war auf Grund seiner Beobachtungen das Benehmen Willes in mancher Beziehung merkwürdig vorgekommen. Ganz unabhängig hiervon wurden ähnliche Beobachtungen auch in der Strafanstalt zu Brandenburg gemacht, und als sich zu epileptischen Anfällen allmählich Lobnacht gesellte, wurde Wille zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Irrenabteilung der Strafanstalt in der Lehrstrasse überwiesen, und dort wurde durch Sanitätsrat Dr. Leppmann die Geisteskrankheit des Wille festgestellt. Zu demselben Ergebnis kam Geh. Medizinalrat Dr. Sanders, nachdem der Angeklagte der Irrenanstalt zu Dalldorf überwiesen worden war. Es wurde alsdann das Entmündigungsverfahren eingeleitet und dem Wille in der Person des Lehrers Dr. Dähne ein Vormund bestellt. Letzterer beauftragte den Rechtsanwalt Dr. Schwindt damit, das Wiederaufnahme-Verfahren durchzuführen. Dies gelang schließlich und so stand Wille gestern unter der Anklage der Notzucht nochmals vor den Geschworenen. Sanitätsrat Dr. Leppmann und Geh. Medizinalrat Dr. Sanders gaben übereinstimmend ihr Urteil dahin ab, daß der erblich belastete Angeklagte an chronischen Wahnsinn erkrankt leide und bereits zur Zeit der Begehung der That in einem Zustande krankhafter Störung der Geisteskräfte sich befunden habe. Infolgedessen lautete der Spruch der Geschworenen auf Nichtschuldig und es erfolgte die Freisprechung des Angeklagten. Rechtsanwalt Dr. Schwindt beantragte, das Gesetz, betreffend die Entschädigung unschuldig Verurteilter auf den Angeklagten anzuwenden. Dem Antrage wird nicht stattgegeben werden können, da nach Ansicht des Gerichts das Gesetz nur da Anwendung finden kann, wo der Verurteilte die ihm zur Last gelegte That überhaupt nicht begangen hat, nicht aber in solchen Fällen, wo von der That unabhängige Momente subjektiver Natur zur Aufhebung eines verurteilenden Erkenntnisses geführt haben.

Die Gräfin im Paradiese. Die Strafkammer zu Koblenz hatte sich, wie die „Köln. Ztg.“ schreibt, mit einer Privatklage des Dr. Klässgen, Baderarzt in Münster a. St., gegen den Kurdirektor Dörner, die Ärzte Sanitätsrat Dr. Welsch in Münster a. Stein und Sanitätsrat Dr. Hessel in Kreuznach, sowie gegen den Prinzen zu Salm-Horstmar in Hörter als Berufungsinstanten zu beschäftigen. Die Angelegenheit erregte die Aufmerksamkeit weiterer Kreise, die für die Hypnose besonderes Interesse hegen. Der Kläger, der als Baderarzt im vorigen Sommer die Gräfinnen Karola und Mathilde zu Lippe-Biesterfeld in Detmold und die Prinzessin Friedrich von Sachsen-Meinungen behandelte, wurde zu ungewöhnlicher Zeit zu Gräfin Karola, die schwer erkrankt war, gerufen. Dr. Klässgen erkannte sofort die Erkrankung als eine typhöse und legte einen Eisbeutel auf die Stirn der Kranken, nachdem er vorher das Haar derselben mit einem Kamm zurückgeschoben hatte. Von dieser Manipulation hatte der Kurdirektor gehört und in der Annahme, Dr. Klässgen, der sich mit Hypnose beschäftigt, habe die Kranke hypnotisiert, veranlaßte er die Verwandten, auf die Weiterbehandlung durch Dr. Kl. zu verzichten und an seiner Stelle Dr. Welsch zu berufen. Die Kranke aber erklärte, sie wolle nur von Dr. Klässgen behandelt sein, weil er sie eine Stunde in das Paradies versetzt. Die von den Angeklagten ausgesprochenen abfälligen Bemerkungen veranlaßten Dr. Kl. zu einer Verleumdungsklage. Das Schwurgericht zu Kreuznach hatte sämtliche Beilagen verurteilt: Kurdirektor Dörner zu 600 M., Dr. Welsch zu 50 M., den Prinzen Salm-Horstmar zu 300 M. und den Dr. Hessel zu 100 M.

Ueber skandalöse Vorkommnisse in der Schulstube des hinter dem Reuen Palais belegenen Dorfes Eiche wurde vor einiger Zeit in den Tageszeitungen berichtet. Nachdem die dortige Schule eine Zeitlang gänzlich geschlossen war, weil dort kein Lehrer vorhanden, hatte man in der Person des 21-jährigen Lehrers Pflug aus Cransee einen neuen Jugenderzieher erhalten, der aber schon nach kurzer Zeit aus Eiche verschwand, weil er in der Schulstube schamlose Handlungen mit dem ihm anvertrauten kleinen Mädchen beging und die empörten Eltern an ihm Lynchjustiz üben wollten. Die Wahrheit dieser damaligen Meldung wurde nun in einer an die Zeitungen gerichteten Verichtigung bestritten und nur zugegeben, daß Pflug sich disciplinärlich vergangen habe. Welchen Wert diese angebliche Verichtigung hatte, lehnte nunmehr die Thatsache, daß sich am Mittwoch der jetzt in Berlin wohnende Lehrer Pflug vor der Potsdamer Strafkammer wegen wiederholten Sittlichkeitsverbrechens zu verantworten hatte, wobei eine ganze Anzahl kleiner Schulmädchen als Zeugen vernommen wurden. Nur mit Rücksicht auf seine Jugend wurden Pflug mildernde Umstände zugebilligt und er deshalb zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, auch seine sofortige Verhaftung beschlossen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Verammlung.

82. Sitzung vom Donnerstag, den 9. November, nachmittags 6 Uhr.

Der Stadtv. Bogtherr hat wegen Ueberfiedelung nach Steettin sein Mandat niedergelegt. Aus dem Magistratskollegium ist Stadtrat Kämper wegen Kränklichkeit ausgeschieden.

In den Verwaltungs-Streitigkeiten des Magistrats gegen die Verwaltung betr. das Wahlrecht der sog. Schlafbüschel und der durch Gewährung der städtischen Krankenpflege Unterstügten wird gegen das Urteil des Bezirksausschusses beim Ober-Verwaltungsgericht appelliert werden.

Die Magistratsvorlage wegen der Beleuchtung der Bellevue-Allee, der Großen Querallee, der Zellen-Allee und des Ahornsteiges mit 92 elektrischen Bogenlampen hat der dafür eingesetzte Ausschuss einstimmig genehmigt, nachdem die Resolution Dünse, mit der Ausführung dieser Beleuchtungsanlagen erst zu beginnen, sobald die Tiergartenverwaltung die Genehmigung zur Durchführung einer Straßenbahn durch die Bellevue-Allee erteilt hat, vom Antragsteller vor Eintritt in die Beratung und mit der Motivierung, daß er angesichts der jüngsten Entstellung der Marfrafendentaler keine Verantwortung auch nur für die geringste Verzögerung der besseren Beleuchtung des Tiergartens übernehmen wolle, zurückgezogen war.

Die Verammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an. Für die Ueberschwemmten in Bayern und Oestreich will der Magistrat 50 000 M. Hilfgelder aus städtischen Mitteln gewähren, und zwar 30 000 M. für Bayern, zahlbar an das Centralkomitee in München, und 20 000 M. für die östreichischen Kronländer, zahlbar an das k. l. Ministerium des Innern in Wien. Der Betrag soll aus dem Dispositionsfonds von 800 000 M. entnommen werden.

Die Verammlung giebt ohne Debatte ihre Zustimmung. Genehmigt wird ferner der Magistratsantrag wegen Uebersetzung für den städtischen Söndelhofen bei den Zellen erforderlichen Spreefläche, sowie die Annahme des Reichischen Legats zur Begründung einer Friede-Stiftung zur Unterstützung hilfloser Kranker und armer Frauen.

Auf dem Grundstüd der Anstalt für Epileptische, Wohlgarten, sollen zwei neue Ueberwachungshäuser für 100 Männer und 80 Frauen erbaut werden. Der Kostenanschlag schließt mit 925 000 M. Es handelt sich dabei um die zweckmäßigere Unterbringung der gemeingefährlichen Epileptiker, deren Behandlung besonders schwierig ist, soweit es sich um Personen handelt, die durch verbrecherische Vergangenheit, ihren Aufenthalt im Gefängnisse und im Irrenhause ihre schlimmsten Neigungen entwickelt haben, und solche, die sich zusammenrotten, Komplotte schmieden und Jaul und Zwist erregen, so daß die ganze betreffende Abteilung aufzührerisch wird.

Die Vorlage gelangt gleichfalls ohne Diskussion zur Annahme. Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung sind ohne allgemeines Interesse. Die Sitzung, deren Leitung wieder Dr. Langerhan führte, schließt um 6 Uhr.

Die Berliner elektrische Straßenbahnen-Aktiengesellschaft bormals Siemens u. Halske hat bei der städtischen Verkehrsdeputation die Genehmigung zum Bau und Betriebe folgender von ihr geplanten elektrischen Straßenbahnlinien nachgekauft: Görlitzer Bahnhof-Schloßplatz über den Spreewaldplatz, Lausitzerplatz, Eisenbahnstraße, Wangelstraße, Wethanienufer, Königinbrücke, Kaiser Franz Grenadierplatz, Annenstraße, Kottstraße, Wollstraße bezw. Friedrichsgracht, Grünstraße, Brüderstraße; Bergmannstraße-Landsberger Thor durch die Campaußen, Urban, Gräfe, Mariamnenstraße, Mariamnenufer, Schillingstraße, Köpen und Friedenstraße; Kaiser Friedrichsstraße in Hirtsdorf durch die Urban, Gräfe, Wäch und Admiralstraße im Anschluß an die bestehende Linie Treptow-Wehrenstraße; Wehrenstraße von der Mauer bis zur Friedrichstraße im Anschluß an die bestehende Linie Treptow-Wehrenstraße; Wilhelmstraße von Wehrenstraße bis zur Straße Unter den Linden im Anschluß an die bestehende Linie Treptow-Wehrenstraße; Hochstraße (Ede Wiesenstraße)-Roabit durch die Hochstraße, Neue Höhe, Liefers, Chaussee, Bohnstraße, Fennstraßenbrücke, Quadow, Havelberger, Verlegerstraße, Lüdeder (event. durch die Grenz, Schulgenbörfer und Selterstraße) anschließend an die Linie Mittelstraße-Pantow; von der Drontheimer Straße (Ede Justusstraße) durch die Kolonie, Ufer, Wiesenstraße anschließend an die Linie Pantow-Mittelstraße; von der Dunderstraße durch die Danziger, Eberowalder, Wollmerstraße, Vinedaplatz, Straßlunder, Streifher, Uferdornstraße anschließend an die bestehende Linie Pantow-Mittelstraße. Begründet wird dieser Antrag damit, daß das der Gesellschaft gehörende Netz elektrischer Bahnen von zu geringer Ausdehnung sei, um bestandfähig zu sein.

Lokales.

Genosse Antick, der im Frühling dieses Jahres wegen eines Darmleidens sich einer schweren Operation unterziehen mußte, hat, da ein Rest des Leidens noch übrig geblieben war, gestern eine Nachoperation bestanden, die glänzend verlaufen ist. Die Aerzte hoffen bestimmt, daß unser Genosse dank seiner kräftigen Konstitution binnen weniger Wochen im stände sein wird, den Reichstagsstiftungen beizuwohnen.

Aus der städtischen Armenpflege.

Im Jahre 1898/99 (bezw. im Vorjahre 1897/98) hatte die Armenverwaltung für den ihr zugewiesenen Zweig des städtischen Armenwesens (namentlich „offene“ Armenpflege, also bloße Unterstützung durch Geld, Nahrung, Kleidung usw.) eine Ausgabe von 8 244 362 (7 880 876) M. zu leisten. Da nur 617 084 (621 486) M. durch Einnahmen gedeckt wurden, so war ein Zuschuß von 7 627 278 (7 259 390) M. erforderlich. Der größte Teil der Ausgaben, nämlich 6 317 771 (5 988 899) M., kam auf die durch die Armenkommissionen verteilten Unterstützungen, laufende und außerordentliche. Als Laufen unterstühten Personen standen am 31. März 1898 (bezw. 1897) in den Listen 28 139 (27 027) Almosenempfänger und 9581 (9397) Pflegekinder. Im Jahre 1898/99 (bezw. 1897/98) wurden aufgenommen 5101 (4305 Almosenempfänger und 3215 (2277) Pflegekinder. Es wurden also im ganzen Jahre 83 240 (81 332) verschiedene Almosenempfänger und 12 798 (11 674) verschiedene Pflegekinder in den Listen geführt. In demselben Zeitraum schieden aus von den Almosenempfängern 4102 (3193), von den Pflegekindern 2920 (2093). Am 31. März 1899 (bezw. 1898) standen demnach noch 29 078 (28 139) Almosenempfänger und 9570 (9581) Pflegekinder in den Listen. Laufende Unterstützungen wurden durch die Kommissionen gezahlt an die Almosenempfänger 4 859 114 (4 601 856) M. in 341 514 (332 218) Monatsportionen zu durchschnittlich 14,23 (13,85) M., für die Pflegekinder 732 629 (711 977) M. in 114 112 (111 212) Monatsportionen zu durchschnittlich 6,42 (6,40) M. Volle 12 Monatsportionen im Jahre bekommt nur selten ein laufend Unterstügter. 1898/99 (bezw. 1897/98) bekam jeder der Almosenempfänger durchschnittlich 10 1/3 (10 1/3) Monatsportionen, also im ganzen etwa 148 (147) M., jedes Pflegekind durchschnittlich 9 1/3 (9 1/3) Monatsportionen, also im ganzen etwa 60 (61) M. Außerordentliche Unterstützungen wurden gezahlt an ständige Almosenempfänger 138 988 (123 366 1/2) M. in 20 048 (18 250) Portionen, an ständige Pflegegeldempfänger 61 658 (58 007) M. in 7619 (7303) Portionen, an nicht laufend Unterstügte 625 082 (493 992 1/2) M. in 54 913 (53 837) Portionen.

Das sind recht stattliche Zahlen, aber sie sind eigentlich nur geeignet, ein trodenes Bild vom Umfang der Geschäfte der Armenverwaltung zu geben. Sie zeigen uns, wie weit die Gemeinde den Verarmenden und Verarmten hilft. Ob sie das weit genug thut, das steht auf einem anderen Blatte. Die Erfahrung lehrt, daß sie es nicht thut; daß vielmehr die Leistungen der städtischen Armenpflege noch bedeutend hinter dem tatsächlichen Bedürfnis zurückbleiben. Hinter diesen stattlichen Zahlen, auf die der Berliner Freisinn so gern mit Stolz hinweist, wenn er wieder einmal die Berliner Gemeindeverwaltung und besonders die städtische Armenpflege preisen zu müssen glaubt, verbirgt sich noch eine Ansammlung von Not und Elend, die ungelindert bleiben.

Zwei würdige Zeitungsgelehrter, „Deutsche Tagesztg.“ und „Berl. N. Nachr.“ beschäftigen sich post festum mit den Stadtverordnetenwahlen. Das Organ der Krantjunker bleibt seinem Grundsatze, entweder Plödinna oder Gemeinheiter zu schreiben, getreu. Diesmal bringt es eine schäbige Denunziation:

„Von den etwa 2000 Beamten der beiden Wahlbezirke erschienen etwa 600 an den Wählstätten, und davon stimmten gut 1/3 für die Freisinnigen. Der jüdische Stadtverordnete Ullstein, der weitaus die Mehrzahl dieser Stimmen erhielt, wurde hauptsächlich von mittleren und unteren Beamten sowie von solchen der Post gewählt. Selbst ein Polizeilieutenant wählte „aus Versehen“ den Wesiger der radikalen „Berliner Zeitung“; er konnte, trotzdem er es wollte, die Wahl nicht mehr rückgängig machen. Im freisinnigen Lager war man über diese Unterstützung der Beamtenschaft sehr erfreut, während die „Parteilosen“ geradezu bestürzt waren. In der zweiten Abteilung wählten die zur Wahl erschienenen höheren Beamten fast ausschließlich die freisinnigen Kandidaten.“

In diesem Falle dürfte die Denunziation ihren Zweck kaum erreichen, da die Regierung, von der Gleichung ausgehend: Berliner Antisemitismus = O, wohl von vornherein den im Grunde doch so launenhaften Kommunalfreisinn der Socialdemokratie gegenüber als das kleinere Uebel betrachtet haben mag. Sie hat ja auch bei den vorjährigen Reichstags-Wahlwahlen ganz gesehen, daß Schulleute und Hofsalarien Mann für Mann für den Freisinnigen eintraten.

Dem Schlotjunkerblatt in der Königsgräberstraße ist allerdings auch das Restchen Wagemut, das sich hier und da noch im Notenschaufel gezeigt hat, in der Seele verloren. Gewissermaßen um das Stadtverordnetenkollegium wegen seiner Haltung in der Denunziation so recht mit Betrachtung zu strafen, hat der Chefredakteur der „N. Nachr.“ einen dieser Tage von auswärts hereingekommenen Druckerjungen terrorisiert, in Berliner kommunal-Angelegenheiten einen Artikel zu schreiben. Da ist es denn kein Wunder, daß der arme Knirps zunächst den Portalbeschluss der Stadtverordneten-Verammlung als vom Ober-Verwaltungsgericht laffiert ausgiebt, trotzdem diese Instanz sich noch gar nicht mit der Angelegenheit beschäftigt hat. Ferner ist unter besagten Umständen auch die nur folgende Verlobung des Magistrats entschuldbar, die dafür ausgesprochen wird, daß er solche Personen, die Krantenlassen-Unterstützung beziehen, nicht an der Stadtverordnetenwahl habe teilnehmen lassen. Der Venzel hat offenbar den Wunsch und Willen der Auftraggeber seines Auftraggebers, daß im Irrenhause die Eigenheit als Arbeiter an sich schon genügen soll, um politisch rechtlos zu werden, vollkommen lapiert.

Häufig darf das Blatt allerdings nicht mit solchen Scherzen kommen.

Die gestrige Stadtverordneten-Sitzung

bot nichts Bemerkenswerthes — außer, daß sie ohne jede Debatte verlief. Die Tagesordnung war kurz und enthielt auch weniger wichtige Beratungsgegenstände. Vorsteher Langerhan sagte bei jedem Punkt sein stereotypes „Ich eröffne die Beratung — und schließe dieselbe.“ Einige Male sah er sich — fast verlegen — um, ob denn gar niemand ein Wort dazu sagen wollte, aber alles blieb stumm. Unsere Stadtväter säßten ansehend das Bedürfnis, sich von den Strapazen der Wahlschlacht zu erholen, und beschränkten sich daher auf das Handaufheben. Wenn man von der knaps 2 Minuten dauernden Verlesung der Stadtverordneten-Ratsliste über die Vorlage, betreffend die Beleuchtung des Tiergartens absieht, so sprang außer dem Vorsteher überhaupt niemand in dieser Sitzung. Die öffentliche Sitzung endete bereits um 1/6, nachdem sie samt den geschäftlichen Mitteilungen eine ganze Viertelstunde gedauert hatte. So kurze Sitzungen sind selbst im Hochsommer nur selten da gewesen.

Die Schuld an den Zusammenstößen, die im Betriebe der elektrischen Straßenbahn jetzt so häufig vorkommen, ist zum Teil auf mangelhafte Beschaffenheit der Bremsvorrichtungen zurückzuführen. Es giebt einige ganz bestimmte elektrische Wagen, die wegen ihrer schlecht funktionierenden Bremsen von den Führern geradezu gefürchtet werden. Das ist auch der Betriebsleitung nicht unbekannt, aber diese denkt augenscheinlich nicht an eine durchgreifende Abhilfe. Als ein Führer des Wagens 1120 kürzlich meinte, daß die Bremsen nicht mehr ordentlich funktionierten, meldete er dies auf dem Bahnhof. Trotzdem mußte er mit dem nicht mehr betriebsfähigen Wagen noch zweimal die ganze Tour fahren. Dann erhielt er den Wagen 1130, der von allen Führern wegen der schlechten Beschaffenheit der Bremsen gefürchtet ist. Nachdem der Führer mit diesem Wagen eine Tour gemacht hatte, brachte er ihn wieder zum Bahnhof und meldete die schlechte Beschaffenheit der Bremsen. Inzwischen hatte ein anderer Führer, der seinen Wagen ebenfalls wegen eines Bremsendefekts ausgefetzt hatte, den Wagen 1120, ohne daß an demselben eine Reparatur vorgenommen worden war, wieder zum Fahren erhalten. Niemand machte den Mann darauf aufmerksam, daß der Wagen erst kurz vorher wegen schlechter Beschaffenheit der Bremsen ausgefetzt worden war. Der Führer, welcher so gewissenhaft war, die Wagen 1120 und 1130 wegen ihres mangelhaften, die Betriebssicherheit in hohem Grade gefährdenden Zustandes auszufetzen, wurde deshalb vom Inspektor in der nächsten Instruktionssunde scharf getadelt und ihm für den Fall, daß sich dergleichen wiederhole, sofortige Entlassung angedroht. — Die Betriebssicherheit wird auch nicht wenig beeinträchtigt durch lange Arbeitszeit der Wagenführer. Sie ist bekanntlich durch polizeiliche Verordnung auf 10 Stunden festgesetzt; trotzdem kommen Ueberschreitungen immer noch vor. Seit Einführung des neuen Winter-Fahrplanes ist der Dienst auf der Linie Schönhauser Allee — Uferdorn eingeteilt, daß die Wagenführer dieser Linie 11—13 Stunden im Betriebe thätig sind. Dazu kommt noch, daß der Führer vor Eintritt des Dienstes das Weisungsbüchlein des Wagens zu prüfen, den Sandkasten zu füllen, überhaupt den Wagen in Stand zu setzen hat. So wird also aus der vorgeschriebenen 10stündigen eine 18- bis 14stündige Arbeitszeit.

Im Interesse sowohl der Angestellten wie auch des Publikums wäre dringend zu wünschen, daß die Verkehrsbehörde der Großen Berliner Straßenbahngesellschaft etwas schärfer auf die Finger steht und sie veranlaßt, nicht nur auf ihr Geschäftsinteresse, sondern auch auf die Sicherheit des Publikums und die Gesundheit ihrer Angestellten die gebührende Rücksicht zu nehmen.

Der Kreis Niederbarnim hat heute zum Kreistag zu wählen. Die Wahlen vom Jahre 1897 sind nämlich von der unterlegenen Partei angefochten worden. Bezirksauschuss und Ober-Verwaltungsgericht haben den Beschwerdeführern insoweit recht gegeben, als sie drei Mandate für ungültig erklärten. Um diese handelt es sich in der heutigen Neuwahl. Zwar bleibt die große Masse der socialdemokratischen Parteigenossen den Kreistagswahlen fern, da die preussische Gerechtigkeit nur die erste Wählerklasse, die Groß-

grundbesitzer als wahlberechtigt anerkennt. Dennoch ist der Kreistag nicht ohne Interesse für uns. Man erwäge, daß die Stadt- und Landgemeinden, sowie die Gutsbezirke des Kreises im Jahre 1897/98 an Kreissteuern 850 000 Mark 56 Pf. aufzubringen hatten. Von dieser Summe entfielen auf die Landgemeinden Lichtenberg 90 921,58 M., Rankow 74 890,55 M., Neu-Weiensee 72 597,22 M., Rummelsburg 53 562,58 M., Reinickendorf 46 154,94 M., Friedrichshagen 45 340,45 M., Stralau 20 630,20 M., Nieder-Schönhausen 12 147,59 M. Dies macht im ganzen 446 764,05 M. aus; mithin haben die erwähnten neun Orte mehr als die Hälfte der erbobenen Steuern aufgebracht. Gleichwohl sind diese Gemeinden als solche nur durch 6 unter 44 Kreistags-Abgeordneten vertreten. Dies Mißverhältnis wird sich bei der Entwicklung der Berliner Vororte von Jahr zu Jahr krasser gestalten. Bemerkenswert ist noch, daß im Jahre 1897 50 Proz. aller Staatssteuern als Kreissteuern erhoben wurden. Inzwischen sind die Kreissteuern auf 40 Proz. herabgesetzt worden.

Interessant ist zu erfahren, wie der Kreistag wirtschaftet. Als drastisches Beispiel möge das Kreis-Haus am Friedrich Karl Ufer zu Berlin betrachtet werden. Liegt auch noch keine Rechnung über diesen im vorigen Jahre errichteten Bau vor, so steht doch fest, daß die Kosten den Voranschlag von 1 300 000 M. übersteigen. An Mieten bringt das Gebäude jährlich 2742 M. ein; die Unkosten an Steuern, Wasserabgaben, Beleuchtung, Reinigung, Unterhaltung u. dergleichen belaufen sich auf jährlich 18 450 M., so daß alle Jahre ein Zuschuß von 15 708 M. zu leisten ist. Berechnet man den Herstellungspreis des Hauses auf 1 350 000 M., so machen die Zinsen zu 4 Proz. 54 000 M. aus; es sind also für diesen Bau, in dem alle Jahre zwei bis drei Sitzungen stattfinden, jährlich rund 70 000 M. auszugeben.

Dies ein Beispiel zeigt, daß für die Socialdemokratie an der Notwendigkeit, sich auch an den Beratungen des Kreistages zu beteiligen, nicht zu zweifeln ist. Zur Zeit ist an ein Eindringen in diese Körperschaft allerdings nicht zu denken, wenn wir auch, wie in allen Bevölkerungsschichten, so auch unter den Grundbesitzern einige wenige Anhänger haben.

Für die Gohrnerischen Kleinkinder-Bewahranstalten wird zur Zeit wieder eine Hauskollekte veranstaltet. Da auch unseren Parteigenossen die Sammellisten vorgelegt werden, halten wir uns verpflichtet, unsere Leser über das Wesen dieser Anstalten aufzuklären. Unter der Leitung des Pastor J. Anal stehend, dienen dieselben in allererster Linie der „inneren Mission“, d. h. den Belehrungszwecken. Dafür ist namentlich bezeichnend der „Bericht über die Jahre 1897 und 1898“, welcher — außer einigen dürftigen Zahlenangaben — über Betrieb der Anstalten, leibliche Verpflegung der Jülinge, körperliches Befinden derselben und dergleichen Fragen nichts enthält, sondern fast ausschließlich Belehrungsbeispiele im Traktatensstil bringt. Eine dieser Geschichten ist so charakteristisch, daß wir sie hier wiedergeben wollen:

„Ein kleines Mädchen wurde in der Schule angemeldet und war noch nicht getauft. Ich hat die Mutter eindringlich, dies doch bald zu thun, da sie ja ihrem Kinde das Beste, was es nur giebt, entzöge. Sie meinte, ihr Mann hielte nichts davon, außerdem wären sie auch zu arm. Ich sagte ihr, das koste nichts; wenn sie mir ersuchen wollten, ginge alles. Sie versprach mir, mit ihrem Mann darüber zu reden, jedoch wurde die Sache immer verschoben von Sonntag zu Sonntag, von Fest zu Fest. Unsere Kinder nannten Gretchen immer „das Heidenmädchen“; das gefiel ihr gar nicht.“

Sie fragte zu Hause zu ihrer Mutter: „Mutter, die Kinder nennen mich immer ein Heidenkind. Mutter, laß mich doch taufen, sonst komme ich nicht in den Himmel. So hat sie denn mehr denn einmal und es scheint geholfen zu haben, denn an einem Montag sprang sie fröhlich in die Taufkufe mit den Worten: „Tante, nun bin ich kein Heide mehr, gelien bin ich getauft worden!“ Sie war, als sie das sagte, glückselig. Der Herr gebe, daß der Segen der Taufe bei ihr bleibe!“

Es kann wohl nicht bezweifelt werden, daß Kinder des hier in Betracht kommenden Alters von den Begriffen „Christi“ und „Heide“ eine viel zu unklare Vorstellung haben, als daß sie von selbst auf den Gedanken kommen könnten, ein „ungetauftes“ Kind als „Heidenmädchen“ zu verhöhnen. Wenn das doch geschieht, dann muß daher angenommen werden, daß die Leiter der Anstalten und der Geist, in welchem diese Leitung gehandhabt wird, daran nicht unschuldig sind.

Daß die Arbeiterschaft keine Verantwortung hat, solche Institute zu unterstützen, brauchen wir danach wohl nicht erst auszuführen.

Es zeigt dies aber wieder, wie schwer es sich an den Kindern rächt, daß die Berliner Stadtverwaltung ihre Pflicht, städtische Kinderbewahranstalten zu errichten, nicht erfüllt. Nur dadurch wird es möglich, daß Institute, wie die Gohrnerischen Anstalten, überhaupt bestehen können.

Sonderbare Schwärmer. Der Ausschuss für die Erhaltung des Botanischen Gartens als Park hat jetzt an den Kaiser abermals eine Immediateingabe gerichtet, in welcher aufs neue die Verwendung des Monarchen dafür erbeten wird, daß der Botanische Garten in seiner ganzen Ausdehnung vor den Bebauungsplänen des in seinem Namen handelnden Finanzministers bewahrt bleibe. Zur Unterstützung dieser Bitte ist der Eingabe die im Auftrage des Ausschusses von Fräulein Josefine Freitag verfaßte Broschüre über den Botanischen Garten und namentlich seine historische Entwicklung beigelegt worden. Außerdem ist das Werk auch an die Kaiserin, an den Reichskanzler, den Kultusminister, sowie an eine große Zahl weiterer Persönlichkeiten und Behörden gesandt worden.

Die Große Berliner Straßenbahn-Gesellschaft beabsichtigt eine zweigleisige Straßenbahn in der Huttenstraße bis in die Gegend der Wibelstraße auszuführen und hat dazu die Genehmigung der städtischen Verkehrsdeputation nachgekauft.

Ein neues Theater ist einer Korrespondenz zufolge für den Stadtteil Gesundbrunnen geplant. Wie uns mitgeteilt wird, schweben gegenwärtig Unterhandlungen wegen Ankaufs eines größeren Terrains in der Wabstraße, auf welchem ein Volkstheater nach der Art des Schiller-Theaters errichtet werden soll. Der Stadtteil hat ca. 40 000 Einwohner, besitzt jedoch bisher noch kein Theater.

In der Festnahme eines Hochstaplers, über die wir berichtet, erfahren wir weiter, daß der Name von Bodum-Dolfs als der richtige Name des Verhafteten festgesetzt worden ist. Mittlerweile ist noch ein zweiter Schwindler desselben Namens, ein Bruder des zuerst ergriffenen, dingfest gemacht worden. Die beiden Brüder Friedrich und Albert von Bodum-Dolfs stammen aus Miffingen und nennen sich Schauspieler. Sie haben an Provinztheatern Anstellungen gehabt und waren jetzt nach Berlin gekommen, um hier Beschäftigung zu erhalten. So wenigstens behaupten sie. In Wirklichkeit sind sie wohl nur hierher gekommen, um ein neues Feld für ihre Schwindelien in Angriff zu nehmen. Beide wohnen in der Säulestraße und wurden hier bald festgenommen, da der Stadtdirektor aus Hannover schon hier war, als sie ankamen. Die Verhafteten werden zunächst der Staatsanwaltschaft von Hannover zugewiesen werden.

Der Geldraub auf dem alten Jersalemer Kirchhofe ist noch nicht aufgeklärt, auch sind weitere Funde dort bis jetzt nicht gemacht worden. Der Arbeiter Volkman, der bei einer Witwe L. in der Bergmannstr. 15 wohnt, ist von der Polizei entlassen worden. Neues haben seine Aussagen nicht ergeben. Ob das Geld aus der Unterschlagung herrührt, die der Rosenbote Velodorf kürzlich bei der Aktiengesellschaft „Ufftop“ begangen hat, steht auch noch nicht fest. Die Annahme, daß das Geld aus einem Gelddiebstahl, Einbruch usw. herrühren könne, ist durch die Nachforschungen bis jetzt nicht be-

nützlich worden, auch glaubt man nicht, daß der flüchtige Geld-Verleiher Schwarz oder der wegschlagende befristete Schreiber Willy Lange mit dem Fingerring in Verbindung gebracht werden können. Der Fingerring des Geldes, der Arbeiter Vollmann, ist namentlich über den Verlust seiner Ersparrnisse untröstlich. Es ist, wie schon mitgeteilt, wegen Rundunterstützung von der Kirchhof-Verwaltung sofort entlassen worden und hat auch noch eine Verhaftung zu gewärtigen. Nach seinen Aussagen muß man als sicher annehmen, daß der Unbekannte das Geld auf dem Kirchhof verstaubt und es ihm dann aus seiner Wohnung, wo Vollmann es in seinem Koffer sicher glaubte, wieder weggenommen hat. Der der That zunächst verdächtige Leis-dorf soll inzwischen auch von anderen Personen hier in Berlin gesehen und erkannt worden sein, obgleich er eine Krücke und seine Kleidung trug. Leider ist es verabsäumt worden, ihn auf der Stelle festzunehmen zu lassen.

Eine umfangreiche Verkehrshörung auf den Berlin-Schöneberger Straßenbahnlinien wurde gestern abend durch den Bruch eines Wasserrohrs vor dem Hause Potsdamerstraße 82, in der Mitte zwischen der Göben- und Großgörschenstraße am Botanischen Garten verursacht. Die Reparatur nahm fast die ganze Nacht in Anspruch.

Der in Bonn wegen des Verdachts, die Luise Gänther in der Kaiserheide bei Berlin ermordet zu haben, verhaftete Holz-bildhauer Rohn ist gestern abend auf freien Fuß gesetzt worden, weil sich der Verdacht nicht hat aufrechten lassen.

Der Mißgriff der Sittenpolizei, daß eine nichtshaltende und bescholtene Frau Jahre- oder monatelang in den Listen der Prostituierten geführt wird, wird von der Polizeibehörde dadurch zu entschuldigen und zu rechtfertigen gesucht, daß das Mädchen das genaue Nationale der Frau angegeben und das zuständige Polizeirevier das Nationale bestätigt hätte. Diese Rechtfertigung, so meint die „Post. Ztg.“, kann man für einen einzelnen neu austretenden Fall gelten lassen. Wenn dann aber weiter dies als etwas Unvermeidliches hingestellt und gesagt wird, ein ganz ähnlicher Fall ist erst dieser Tage wieder vorgekommen und ähnliche Fälle werden auch in Zukunft nicht zu vermeiden sein, so wirkt dieser fatalistische Duktus auf die Mäßigkeit und Frömmigkeit unserer Polizei doch ein so eigenartiges Licht, daß dem beschränkten Laienverständnis dabei um die bürgerliche Ehre und Reputation Angst und Bange werden könnte. Auch für die Polizei muß der Satz gelten, daß die Erfahrung die Mutter der Weisheit ist. Ist ein derartiger Fall vorgekommen, der durch die bisherige Praxis entschuldigt wird, so muß die Polizeibehörde, in deren Hand die Sicherheit und, wenn auch in beschränktem Maße, Ruf und Ehre der ihrem Bezirk angehörigen Bürger gelegt ist, sich doch fragen, ob nicht Abhilfe zu schaffen ist. Und sollte diese wirklich so schwer zu finden sein? Sollte es gar nicht möglich sein, daß der betreffende Sittenpolizeibeamte an Ort und Stelle, d. h. nicht bloß aus den Akten des Polizeireviere, sondern in der Wohnung der betreffenden Persönlichkeit sich von ihrer Identität überzeugt? Mögen diese Fälle auch nur vereinzelt und selten vorkommen, so dürfte die Polizeibehörde sich diese Mühe doch nicht verdrängen lassen.

Es muß gewissermaßen als ein günstiger Umstand betrachtet werden, daß das dieser Tage erwähnte Opfer des polizeilichen Mißverständnisses bürgerlichen Arztes angehört. Ob um eine Arbeiterin die Entrüstung so groß gewesen wäre, muß fraglich erscheinen.

Vermißt wird seit Sonnabend die 25 Jahre alte Wuchhalterin Meta Wehmar aus der Tresestr. 35. Am Sonnabendmorgen um 4 Uhr kam sie sehr niedergeschlagen in den Mißlauben von Waldow in der Tresestr. 35 und bezahlte, was sie an Milch und Frühstück im Laufe der Woche bekommen hatte. Seitdem wurde sie nicht mehr gesehen. Einer Freundin, einer Lehrerin der hiesigen Sprache in der Linienstraße, schrieb sie am demselben Tage, daß sie sich das Leben nehmen werde. Die Freundin benachrichtigte sofort die in der Provinz lebenden Eltern der Verstorbenen, die am Montag hierher eilten und seitdem vergeblich ihre Tochter suchen. Man vermutet, daß die Vermißte aus unglücklicher Liebe Hand an sich gelegt hat. Sie ist ziemlich groß, hat unsehlbares lockiges Haar und ein blaßes, längliches Gesicht und trägt eine schwarze wollene Bluse und einen schwarzen Rock.

Wiederum ist ein Schler verhaftet, mit ihm drei ungetreue Hausdiener und der Portier D. im Hause Leipzigerstr. 82. Letzterer giebt an, von den Hausdienern ein Diebstahl und Einbruch verübt worden zu sein. Die vier Verhafteten haben gemeinschaftlich Einbruchdiebstähle in einer Weinhandlung und in Konfektionsgeschäften begangen. D. stand dabei „Schmiere“, hat sich aber auch bei einigen Einbrüchen persönlich beteiligt. Die gestohlenen Waren, deren Wert sich auf mehrere Tausend Mark beläuft, wurden zu dem mitverhafteten Partiewarenhändler R. in der Ansbacherstraße gebracht; bei diesem und den Hausdienern wurde noch ein beträchtlicher Teil der gestohlenen Waren vorgefunden. Zwei der Diebe waren bei den genannten Geschäften im Dienst, der dritte in einem Mäntelkonfektionsgeschäft in der Kronenstr.

Tragödie eines Kindes. Als vorgestern abend der Wächter in Nieder-Schönnewalde einen Knaben, der sich ziellos umhertrieb, festnehmen wollte, rief dieser dem Beamten zu: „Zurück oder ich schieße.“ Dann richtete er einen Revolver gegen sich, schloß los und war auf der Stelle tot. Die im Spigenhause der Gemeinde niedergelegte Leiche ist noch nicht rekonstruiert. Der Knabe ist ungefähr gefeindet und mag etwa 14 Jahre alt sein. Man vermutet, daß es sich um den wegen schweren Diebstahls verfolgten Schulknaben Otto Müller handelt.

Der zweite Wissenschaftliche Abend, veranstaltet vom Wissenschaftlichen Centralverein, findet morgen, Sonnabend, 8 Uhr abends im Französischen Gymnasium, Dortheimstr. 41, II. statt. Den Vortrag hält Generalsekretär und Dozent Dr. C. E. über „Die Volkswirtschaft, ihr Wesen und ihre Bedeutung“; daran schließt sich eine Diskussion an der Hand gedruckter Vorträge. Für Nichtmitglieder sind Abonnementskarten zu allen Wissenschaftlichen Abenden des Wintersemesters zu 5 M., Einzelkarten zu 1 M. in den Bureaus der Humboldt-Akademie erhältlich.

Feuerbericht. Die letzten 48 Stunden brachten nur vereinzelte Alarmierungen, die außerdem nur auf geringfügige Veranlassungen zurückzuführen waren. Grenzstr. 9 war in einer Wollweberei ein kleiner Brand abzuwickeln. Ein Kleiderbrand verursachte einen Alarm nach Laubestr. 7. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach Pankestr. 21a, Pankestr. 32 und Säulowstr. 67, doch war hier große Gefahr nirgends vorhanden.

Aus den Nachbarorten.

Spandau. Parteigenossen! Heute abend 8 Uhr findet im Wehischen Lokale, Pichelsdorferstraße 39, eine öffentliche Wählerversammlung statt! Genosse Dr. Curt Freudenberg aus Berlin referiert über die bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen. Zahlreicher Besuch wird bestimmt erwartet!

Ablerhof. Die zum 12. November anberaumte Versammlung betreffend Austritt aus der Landeskirche kann wegen Verhinderung des Referenten nicht stattfinden. Die Versammlung wird bestimmt am Sonntag, den 26. November (Totensonntag), abgehalten. Der Vertrauensmann.

Stralau-Rummelsburg. Den Mitgliedern des hiesigen Sozialdemokratischen Vereins zur Nachricht, daß vom Sonntag ab die Protokolle vom letzten Parteitag abgeholt werden und zwar für Rummelsburg beim Kassierer W. Witterhoff, Mozartstr. 4, III (jeden Sonntagvormittag von 8—12 Uhr) und für Stralau bei H. Krumm, Dorstr. 17, VI. Schluß der Ausgabe 1. Januar 1900. Der Vorstand.

Lohnbewegung unter den städtischen Straßenreinigern von Schöneberg. Unter den Straßenreinigern giebt sich eine Bewegung kund, die darauf hinausgeht, anlässlich der stetig wachsenden Wohnungs- und Lebensmittelpreise eine Erhöhung des bisherigen Wochenlohnes zu erzielen. Es ist eine von etwaige sämtlichen Straßenreinigern beschlossene Wilttschrift an den hiesigen Magistrat abgehandelt worden, in

welcher die Forderung der Erhöhung des Lohnes und entsprechende Lohn-erhöhungen verlangt werden. Bisher betragen die Löhne pro Woche 24, 25 M., 28, 30 M. und 24, 40 M. — Eine besondere Vergütung der Sonntagsarbeit erfolgt nicht. — Wer die immer wachsenden Preise der Wohnungen und Lebensmittel in Schöneberg kennt, wird die Lohnbewegung unter den Straßenreinigern vollkommen begreiflich finden. — Es ist noch nicht bestimmt, welche Stellung der Magistrat hierzu nehmen wird.

Die Spandauer Stadtverordneten und die städtischen Arbeiter. Aus Spandau schreibt man uns: Angekündigt der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen ist es interessant zu erfahren, wie die bürgerlichen Stadtverordneten Spandaus bisher ihr „Arbeiterfreundliches Herz“ gegenüber den städtischen Arbeitern betätigt haben. Schon seit Jahren führen die städtischen Arbeiter bittere Klagen über ihre ungenügend niedrigen Löhne; ganz besonders sind Klagen der Forstarbeiter in dieser Beziehung laut geworden, denn ein Tagesverdienst von 2 M. und weniger ist bei dieser Arbeiterkategorie nichts Neues. Die Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche auf eine Aufbesserung der Arbeiterlöhne abzielten, wurden bisher von den bürgerlichen Stadtverordneten einfach immer abgelehnt, und selbst diejenigen Vertreter, welche aus den freiwiligen Gewerkschaften hervorgegangen waren und vor ihrer Wahl so sehr ihre Arbeiterfreundlichkeit betont hatten, waren für eine durchgreifende Verbesserung der Lage der städtischen Arbeiter nicht zu haben. Endlich im Januar d. J. konnte sich die Stadtverordneten-Versammlung den Wünschen der Arbeiter nicht länger mehr verschließen und nahm einen Antrag unserer Parteigenossen, wonach für die städtischen Arbeiter durchweg ein Mindestlohn von 8,50 M. pro Tag eingeführt werden sollte, — nicht etwa an, sondern setzte eine Kommission nieder, damit diese die Frage prüfe und in andern Städten erst entsprechende Erkundigungen einlege. Jetzt, nach etwa neun Monaten, hat diese Kommission zum ersten Male getagt (1), zu irgend welchem Resultat ist sie jedoch bisher nicht gekommen. Inzwischen haben sich die einzelnen Deputationen gleichfalls mit dieser Frage beschäftigt; die Forstdeputation, deren Arbeiter, wie oben erwähnt, von allen städtischen Arbeitern am allerelendesten bezahlt werden, lehnte die Verbesserung der Lage dieser Arbeiter im Sinne des sozialdemokratischen Antrages einfach ab und bekundete damit so deutlich wie nur zu wünschen ihre „Arbeiterfreundlichkeit“! — Kurze Zeit nachdem die erwähnte „Lohnkommission“ gewählt wurde, stand auch die Erhöhung von Löhnen“ auf der Tagesordnung; es handelte sich allerdings diesmal nicht um Arbeiterlöhne, sondern um den „Lohn“ des Oberbürgermeisters und des Stadtbaurats; ohne Bedenken und ohne weitere Prüfung dieser Frage in Kommissionen und Deputationen wurde die Magistratsvorlage von den bürgerlichen Stadtverordneten widerprüchlos angenommen und damit der „Lohn“ dieser beiden Herren nicht etwa um einige Pfennige pro Tag, wie es die Arbeiter wünschen, sondern um je 1500 Mark pro Jahr erhöht! Auch als es sich dann handelte, etwa 40.000 Mark Straßenreinigungskosten von den Hausbesitzern ab und auf die Steuerzahler zu wälzen, da zeigten sich diese Herren gleichfalls von der gewöhnlichen Seite, — handelte es sich dabei doch um die Interessen der Hausagrarier und nicht um die der Arbeiter! Auf zahlreichen Gebieten haben die Anträge der sozialdemokratischen Stadtverordneten, welche eine Erleichterung für die schwachen Steuerzahler, die Arbeiter, bezweckten, nicht nur nicht die Zustimmung der „liberalen“ Mehrheit gefunden, sondern sind teilweise sogar von ihr mit Hohn aufgenommen worden.

Die nächsten Tage werden es ja zeigen, ob die Arbeiter in ihrer Gesamtheit endlich begriffen haben, daß sie sich nicht länger nachfragen lassen dürfen, und daß einzig und allein die sozialdemokratischen Vertreter den ersten Willen und den Mut haben, die Interessen der Arbeiterschaft nach allen Richtungen hin unerschrocken zu vertreten.

Ueber die Verhaftung eines schwer Verletzten berichtet die „Neue Zeit“ aus Charlottenburg. Der Arbeiter Manowski war in der Nacht zum Mittwoch von einem anderen Arbeiter in einem Hause der Straße 6a aus Eiferstich überfallen und hilflos, über und über mit Blut bedeckt, am Morgen in seinem Bette aufgefunden worden. Seine Aufnahme in das Charlottenburger Krankenhaus war mit großen Schwierigkeiten verknüpft. Von der Unfallstation aus wurde Manowski in einem Krankenwagen und mit einer Bescheinigung der Station nach dem Krankenhaus geschickt, wurde aber nicht aufgenommen, angeblich weil keine Betten frei waren. Von dort aus fuhr der Kranke des Krankentragens den Patienten nach dem Moabit Krankenhaus. Dort wurden dem Manowski seine Papiere abgefordert, die er mit vor Schwäche zitternder Hand dem Beamten überreichte. Die Aufnahme wurde aber auch in Moabit verweigert, da man dort annahm, daß der Kranke am Delirium leide. Nun ging die Fahrt weiter nach der königlichen Charité, aber auch hier wurde Manowski abgewiesen, da er in Charlottenburg ortsgenau und auch in der Krankenliste sei. Dem Kranke blieb nichts weiter übrig, als nach der Unfallstation in der Märkische Straße zurückzufahren. Der diensthabende Arzt telephonierte an das Polizeirevier, das den Kranke dann vernommen hat. Vom Polizeirevier wurde der Kranke in Begleitung eines Stützmannes wieder nach dem Charlottenburger Krankenhaus geführt, wo plötzlich Betten frei waren und endlich die Aufnahme erfolgte. Die Verfahrt hat von 12 Uhr 40 Minuten bis 5 Uhr 15 Minuten, also genau 4 Stunden und 35 Minuten, gedauert.

Die Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg fanden Donnerstag ihre Fortsetzung in der zweiten Abteilung. Die Beteiligung war eine sehr lebhafte. Im ersten Bezirk gingen die Kandidaten der Alt-Charlottenburger ohne jeden Wahlkampf glatt durch.

Aus Groß-Lichterfelde schreibt man uns: Große kommunalpolitische Gesichtspunkte wird man in den Verhandlungen unseres Dorparlaments mit der Vaterne suchen müssen, und die gelagte Höhe unserer Gemeindevertreter ergibt sich aus der in der letzten Sitzung ausgelassenen Eifersüchtigkeit über die an sich belanglose Thatsache, daß die meisten Mitglieder der Verwaltungskommission für das Gut Verben nicht in Groß-Lichterfelde w., sondern in Groß-Lichterfelde o. wohnen. Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahm die Kritik über das Verfahren des Baumeyer und Gemeindevorsetzers Menching ein, dessen Specialität es zu sein scheint, bei der Ausführung seiner Bauten sich kümmerlich um die baupolizeiliche Erlaubnis nicht zu kümmern. Auf eine energische Vorleistung des Gemeindevorsetzers Friedus mußte an maßgebender Stelle zugegeben werden, daß Herr Menching wieder einen Neubau ohne Genehmigung begonnen habe, daß ihm aber später die provisorische Baugenehmigung erteilt und Menching mit einem auf 20 M. lautenden Strafmandat bedacht worden sei. Wir zweifeln nicht daran, daß diese „horrende“ Strafe auf den bauwilligen Herrn abschreckend wirken wird. Bauat Lieben suchte in dieser heißen Angelegenheit über eine Hintertreppe zu entkommen, indem er meinte, daß die Dispense ja nicht der Gemeindevorstand erteile, sondern der Bezirksausschuß, allerdings erst dann, wenn ersterer sich darüber geäußert habe. Es sei uns aber die beiseitige Anfrage gestattet: Die Kaufkraft oder Versicherung über Menching seitens des Gemeindevorstandes muß doch wohl günstig für den Herrn gewesen sein? Wie läms sonst der Bezirksausschuß zur Erteilung eines Dispenses, wo im Orte doch genügend bekannt ist, daß der Gemeindevorsetzer Menching schon früher Bauten ohne baupolizeiliche Genehmigung aufgeführt hat? —

Die öffentliche Beratung der hier mitgeteilten Angelegenheiten scheint einigen Mitgliedern der Gemeindeverwaltung etwas unbedenklich geworden zu sein, denn es machten sich Stimmen gegen die öffentliche Verhandlung gewisser Fragen vernehmbar.

Aber die Einwohnerschaft hat das Recht zu verlangen, daß die Gemeinde-Angelegenheiten mit Ausnahme ganz bestimmter Fälle im höchsten Maße der Öffentlichkeit behandelt werden. Die im März

kommenden Jahres stattfindenden Gemeindevertreterwahlen bieten die beste Gelegenheit für die Wähler, sich dieses Recht soviel wie möglich zu sichern. Die proletarischen Vertreter werden dann auch dafür zu sorgen haben, daß Herr Menching die Luft herbeigeht, sich dreist über das Gesetz hinwegzusetzen.

Ein großer Fabrikbrand, bei dem die Charlottenburger Feuerwehr nicht gerade glänzend abschnitt, kam gestern früh um 2 1/2 Uhr in der Thomaarenfabrik von G. March Söhne in Charlottenburg, Marktstraße 1, zum Ausbruch. Es brannte das große Fabrik-Quergebäude, wo in neun Oefen die Thomaaren der bekannten Fabrik seit über 60 Jahren gebraunt werden. Kommerzienrat March ließ die Charlottenburger Feuerwehr alarmieren und eine Schlauchleitung von dem Fabrikpersonal vornehmen. Von der benachbarten Veringerschen Fabrik wurde mit einer Schlauchleitung Hilfe geleistet. Leider war die Wirkung dieser beiden Schlauchleitungen wegen der Kürze der Schläuche nur sehr gering. Die Flammen griffen immer weiter um sich und bald stand das Quergebäude in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen. Weil die Charlottenburger Feuerwehr immer noch ausblieb, wandte man sich an die Berliner Feuerwehr um Hilfe. Diese lehnte das Ersuchen indeh mit dem Bemerkten ab, daß sie auf private Ersuchen nicht antworten könne. Dies sollte nur auf ein Gesuch der zuständigen Charlottenburger Behörde, der dortigen Feuerwehr, Polizei oder des Magistrats geschehen. Nach dreiviertel Stunden erschien endlich die Charlottenburger Feuerwehr. Die Verzögerung soll durch einen Fehler in der Leitung des öffentlichen Feuerwehlers verursacht worden sein. Die Feuerwehr nahm schnell zwei Schlauchleitungen vor, erzielte damit aber keine Wirkung. Es wurden nun noch zwei und dann zusammen fünf Schlauchleitungen an Hydranten angebracht. Um 7 Uhr war man des Feuers so weit Herr, daß die Gefahr für die übrigen Fabrikräume, die an das Quergebäude grenzen, beseitigt war. Das Quergebäude brannte um 11 Uhr noch. Es ist, trotzdem nur unverbrennbare Vorätze von Thomaaren und keinerlei feuergefährliche Materialien dort lagerten, vollständig ausgebrannt. Die Fabrikationsräume, die Comptoire und angeblichen Lagerräume sind fast unbeschädigt geblieben. Die Entstehung des Brandes ist noch nicht aufgeklärt. Festgestellt ist, daß das Feuer um 2 1/2 Uhr im ersten Stock in der Nähe des Ofens o. ausgekommen ist.

Das Spielernest in Carlsdorf. Die polizeilichen Nachforschungen, die sich an die Aushebung des Spielernestes in Carlsdorf knüpfen, nehmen einen großen Umfang an. In erster Linie handelt es sich um Feststellungen über die Persönlichkeit des Teuf. Dieser ist nirgends gemeldet gewesen, auch in Carlsdorf nicht. Seine Wohnung dort war nur vom Hofe aus zugänglich. Auf diesem aber lag ein großer Hund des Schlächtermeisters Scheel, ein Umstand, der den Spielern sehr zu nützen kam, da das Tier jedesmal anging, wenn ein Fremder den Hof betrat. Das Spielernest ist augenblicklich auf eine eigene Art gezeichnet, indem zerrißene Spielfarben in großer Menge umherliegen. Die Spieler haben, als sie das Haus unfreiwillig verlassen, die Karten, die die Polizei nicht gefunden hatte, schlüssig vernichtet. Es scheint also bei ihnen nicht alles in Ordnung gewesen zu sein. Außer der Berliner Kriminalpolizei sind auch die Ortspolizei von Friedrichsfelde, wozu Carlsdorf gehört (nicht Friedrichsberg, wie es in dem ersten Bericht irrtümlich heißt) und die Gendarmerie mit weiteren Ermittlungen beschäftigt.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Aus Düsseldorf wird gemeldet: Mittwoch abend 1/2 12 Uhr stieß der nach Essen fahrende Personenzug 457 im Bahnhof Düsseldorf-Derendorf mit einer Rangierabteilung zusammen. Beide Lokomotivführer und ein Reisender wurden leicht verletzt, mehrere Reisende trugen Hautabrisse davon. Aufseher überfuhr Pg. 457 das auf Halt stehende Einfahrtssignal. Die nächstfolgenden Personenzüge erlitten geringe, Pg. 457 selbst drei Stunden Verspätung. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Ein gräßlicher Schwindler. Aus Stettin wird berichtet: Mittwochmittag ist der frühere Vorsitzende des Aufsichtsrats der Rational-Hypotheken-Kreditgesellschaft, Graf Armin-Schlagent-hin, aus der Untersuchungshaft, in die er vor einigen Wochen wegen des gegen die früheren Mitglieder der Verwaltung jener Gesellschaft schwebenden Strafverfahrens genommen war, entlassen worden. Die Entlassung erfolgte auf Grund ärztlicher Gutachten, wonach ein ernstes Leiden, mit dem Graf Armin behaftet ist, die Fortsetzung der Haft unhumlich erscheinen ließ. Wie es heißt, hat Graf Armin zuvor eine Sicherheit in Höhe von 200.000 M. leisten müssen.

Die Bekleidungsstücke der Kronprinzessin Stephanie von Oesterreich läßt nach wie vor die für allerhöchste Kreise fabrizierte Salonausgabe der Moral in erbaulichen Wildern erstrahlen. Kürzlich haben wir berichtet, daß die genannte Dame auf die „Wittbeirat“ mit dem Grafen Vothay verzichtet wolle, damit ihre Tochter keine Einbuße an Rang erleide. Jetzt wird gemeldet, daß die Witwe des Kronprinzen Rudolf für ihren Verzicht entschädigt werde und zwar dadurch, daß sie den „längst angestrebten vollständigen Borsrang“ vor den übrigen Erzherzoginnen“ erhalte. Wie anderswo, so werden auch gewiß in Oesterreich die Prinzen und Prinzessinnen dem Volke als vollendete Muster ihres Geschlechts vorgeführt werden müssen.

Den Schulstrafen in früheren Zeiten widmet Auguste Renard in der „Neue universaire“ einen interessanten Artikel. In der guten alten Zeit war die Hand recht lose, Geißel und Rute herrschten in den Schulen unbeschränkt. Ein Wandbild in Pompeji stellt mit einer Deutlichkeit, die nichts zu wünschen übrig läßt, die feierliche Jüchtigung eines widerspenstigen Schülers dar. Der Delinquent, der mit einem dünnen Gurt belastet ist, wird von zwei Kameraden gehalten. Einer trägt ihn auf dem Rücken, so daß der besonders bedrohte Körperteil hervortritt, der andere hat seine Fäße gepackt. Der Lehrer säugt die rührende Peitsche. Wenn Horaz von seinem ersten Lehrer so zurechtgelegt worden ist, begreift man, daß er ihm das Wort „plagatus“, der Schlaglustige, beilegt. Wie das Altertum, so hat auch das Mittelalter mit körperlichen Jüchtigungen nicht ge- knaufert, wenn man dem durchaus nicht verontzelt dastehenden Jüngling Montaignes glaubt. Die Strafen vom Baume der Wissenschaft müßten damals sehr bitter gewesen sein. Luther ist einmal an einem einzigen Vormittag fünfzehnmal mit der Rute geprügelt worden. Den Rekord auf diesem Gebiete hat zweifellos ein schwedischer Schullehrer erreicht; er konnte sich rühmen, nach einer Dienstzeit von 51 Jahren 7 Monaten eigenhändig 227.902 körperliche Jüchtigungen der verschiedensten Art erteilt zu haben. Im Durchschnitt verabschiedete er an einem Tage hundert Jüchtigungen. Gatte der Pädagoge sich nicht als Schinderknecht besser gefanden?

Die Stolzen. Das traurigste Los unter allen Verhältnissen in Sibirien trifft die Stolzen, eine freireligiöse Sekte, deren Mitglieder wegen ihrer „staatsgefährlichen“ Glaubenslehre, sobald sie sich zu derselben auch nur durch ein Wort bekennen, verhaftet werden. Die Stolzen werden zu lebenslänglicher Anstaltung ausföhrlich nach dem Gouvernement Jakutsk verwiesen. Unter keinen Umständen darf ein verhafteter Stolze dieses Gebiet verlassen, während es allen anderen Verhafteten nach Abkündigung ihrer Strafe freigestellt ist, sich beliebig einer Bauerngemeinde innerhalb der Grenzen Sibiriens zuzählen zu lassen. Unter diesem grausamen Ullas kommt es unter den Stolzenfamilien nicht selten zu Trennungen zwischen Mann und Frau, zur Auflösung der Familie und dem Verlust ihres letzten Hab und Gut. So bereitet dieser Tage russische Blätter wieder über einen Fall, wo ein Verhafteter, der in der Zeit seiner „Strafverbüßung“ ein stolpisches Mädchen geheiratet hatte, nach abgelaufener Frist das Gebiet verließ, um in einem angrenzenden Gouvernement für seine Familie ein Heim mit gutem Erwerb zu schaffen. Dieses gelang ihm auch. Der Mann ist dann wiedergekommen, um sein Weib und Kind in die neue Heimat zu bringen, aber die Behörden ließen es nicht zu, weil das Weib, ihres Glaubens wegen verhaftet, Zeit ihres Lebens im Jakutsker Gebiet verbleiben müsse.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, **Robert Schumacher** am 6. d. M. verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Freitag, den 10. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle der St. Bonifacius-Gemeinde in Weidenhofe aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht.
Die Ortsverwaltung.
278/5

Todes-Anzeige.
Am Dienstag, den 7. November, verstarb nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Bildhauer **Ernst Scholz** im 48. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 11. November, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause, Pflaferstraße 61, aus statt.
Die Kollegen der Pianoforte-Fabrik von Dobrowolski & Barsch.
Neues Clubhaus,
72, Kommandantenstr. 72.
Sind noch einige Sonntage zu vergeben.
502b

III. Wahlkreis.
Sonntag, den 12. November, abends 6 Uhr, in Cohus Festsaal, Deutschstr. 20, I:
Verammlung.
Vortrag des Ingenieurs Herrn **Grempe**. Hierauf: Tanzkränzchen.
Eintritt inkl. Garderobe 20 Pf.
Rege Beteiligung der Parteigenossen und deren Familien erwartet.
Der Einberufer.
241/1

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Heute, Freitag, abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Deutschstr. 20-21.
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Moabit.
Sonntag, den 12. November, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Benfelfstraße Nr. 9:
Bezirks-Verammlung
des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Berlin.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Robert Ahrens über: „Zwangsinnung und Krankenkasse.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal des Herrn Schiller, Rosenhagenstr. 57:
Branchen-Versammlung
der Bürsten- und Pinselmacher.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag über: „Arbeitszeit und Arbeitslohn.“ 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Kollegen! Es ist notwendig, daß Ihr alle in dieser Versammlung pünktlich erscheint und in den Wertstellen für dieselbe optiert.
Anfragen unsere Branche betreffend, sind an P. Flegel, Kaiserstr. 10 pt. zu richten. Innungsangelegenheiten an Franz Bauer, Sonnenländerstr. 49 pt.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband
Ortsverwaltung Berlin.
Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr:
Ordentliche General-Verammlung
im Feenpalast, Burg- und St. Wolfgangstraßen-Ecke.
Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht und Bericht der Revisoren. 2. Anträge auf Änderung des Ortsstatuts und Einziehung von Ertragsbeiträgen. 3. Die Streiks und Lohnbewegungen in der Metallindustrie.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.
Jahresliches Erscheinen ist notwendig.
Die Vertrauensmänner-Konferenz für den Norden findet nicht am 11. November, sondern am
Sonnabend, den 18. November
bei Dieke, Adlerstr. 123, statt.
Zugleich teilen wir mit, daß Billets zur Sternwarte in Treptow zum ermäßigten Preise von 50 Pf. noch in beschränkter Anzahl im Bureau, Ammenstr. 30, erhältlich sind.
117/5 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Bauarbeiter!
Freie Vereinigung der Bauarbeiter Berlins u. Umgegend.
Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Verammlung
im Lokal des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
24/4 Der Vorstand.

Achtung, Sattler, Täschner, Dreibriemen- u. Militäreffekten Sattler!
Sonntag, den 12. November, mittags 12 Uhr:
Große öffentl. Sattler-Verammlung
in den „Arminhaken“, Kommandantenstr. 20.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Sassenbach. 2. Diskussion. 3. Der Streit bei der Firma G. Bender. 4. Verschiedenes.
Kollegen! Da es uns hoffentlich gelingen wird, die Hochburg des Individualismus zu stürzen, ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen dringend notwendig. Erscheint darum alle Mann.
Die Agitationskommission Filiale I Berlin.

Verband der Bau-, Erd- und gewerbl. Hilfsarbeiter Berlins. Zahlstelle 5.
Gruppe Rabsitzspanner und Träger.
Sonntag, den 12. November, vormitt. 10 Uhr, in Feuersteins Festsaal, Alte Jakobstr. 75:
Mitglieder-Verammlung.
Tages-Ordnung:
1. Welchen Sonntag denken wir unsere Mitglieder-Verammlung abzuhalten? 2. Verhandlungsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand.
736b

Achtung! Maurer. Achtung!
Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr:
Versammlung
des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins u. Umg.
im Lokal Rudolph (Vorussia-Säle), Kaiserstr. 6/7.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Dr. Wollheim über: „Die geschichtliche Entwicklung der Menschheit.“ 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.
In der Versammlung sind wichtige Beschlüsse zu fassen und ist es Pflicht der Kollegen, zahlreich zu erscheinen.
Der Vorstand. J. A. G. Herforth.

Central-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. anderer gewerblicher Arbeiter.
Ortsverwaltung Berlin E.
Sonntag, den 12. November, vormittags 10 Uhr, bei Bergmann, Pflaferstraße 3:
Mitglieder-Verammlung.
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 3. Quartal 1909.
2. Wahl eines Schriftführers.
3. Innere Kasien-Angelegenheiten.
Mitgliedsbuch legitimiert!
Die Ortsverwaltung.
134b

Achtung! Bauarbeiter. Achtung!
Verband der Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.
Zahlstellen Berlin 1-5.
Sonntag, den 12. d. Mts., vormittags 10 1/2 Uhr, in Cohus Festsaal, Deutschstr. 19-20:
Kombinierte Mitglieder-Verammlung.
Tages-Ordnung: 1. Ergänzungswahl des Ausschusses. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der Einberufer: Karl Holdmann.
45/11

Tischler-Verein.
Sonntag, den 11. November, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Wagner über: „Die ärztlichen Ehrengerichte und die Kranken-Arbeiter.“ 2. Abrechnung vom Stiftungsfest. Vereinsangelegenheiten. Ausgabe der Urania-Billets.
Der Vorstand.
199/8

Orts-Krankenkasse des Zimmerergewerbes.
Sonntag, den 19. November, vormittags 10 Uhr, bei Buske, Grenadierstraße 33:
Verammlung der Arbeitgeber, welche Beiträge zur Kasse aus eigenen Mitteln leisten.
Tages-Ordnung:
Wahl von 20 Vertretern zur General-Verammlung für 1900.
In demselben Lokal und zu derselben Zeit, doch in getrennten Räumen,
Verammlung der wahlberechtigten Kasienmitglieder (Arbeitnehmer).
Tages-Ordnung:
Wahl von 40 Vertretern zur General-Verammlung für 1900.
Das Quittungsbuch legitimiert und ist beim Eintritt in das Wahllokal dem Controlleur vorzulegen.
Dienstag, den 21. November, abends 8 Uhr, 743b
bei Buske, Grenadierstraße 33:
Ordentliche General-Verammlung
Tages-Ordnung:
1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern (Arbeitgeber). 2. Wahl von zwei Vorstandsmitgliedern (Arbeitnehmer). 3. Wahl des Prüfungsausschusses. 4. Verschiedenes.
Die am 19. cr. gewählten Arbeitgeber sowie die für 1899 gewählten Vertreter der Kasienmitglieder werden hierzu eingeladen.
Der Vorstand.
J. Kranke. G. Petermann.
Vorstand. Schriftführer.

Orts-Krankenkasse der Nadler und Siebmacher zu Berlin.
Sonntag, den 19. November, vormittags 10 Uhr, in Scholz' Restaurant, Gr. Frankfurterstr. 74:
General-Verammlung
Tages-Ordnung:
1. Wahl des Vorstandes (2 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 2. Berichterstattung der Protokolle. 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 4. Beschlußfassung über den neuen Mietvertrag für 1900. 5. Verschiedenes.
Die Herren Arbeitgeber, welche für großjährige Mitglieder Beiträge aus eigenen Mitteln zu leisten haben, sowie sämtliche großjährige Kasienmitglieder werden hiermit eingeladen.
Der Vorstand.
J. A. W. Lehmann. 738b

Achtung! Skatspieler!
Sonnabend, 11. Nov., abds. 9 Uhr,
Preis-Skat-Tournier
Restaurant „Kardentisch“, Treptow, Köpplerdammstraße.
Siele wertvolle Preise! 726b

Ortskrankenkasse der Drechsler und verwandter Gewerbe.
Am Sonntag, den 19. Novbr., vormittags 9 1/2 Uhr, findet in den Arminhaken, Kommandantenstr. 20, die **ordentliche General-Verammlung** statt.
Tages-Ordnung:
Renovahl von vier Vorstandsmitgliedern, 2 Arbeitgebern, 2 Arbeitnehmern. (Die Wahl muß nach § 28 des Statuts für Arbeitgeber und Mitglieder getrennt geschehen.)
Hierauf findet um 10 Uhr die **ordentliche General-Verammlung** für sämtliche Vertreter statt.
Tages-Ordnung:
1. Kasienbericht pro 1899. 2. Wahl des Rechnungsausschusses pro 1898 laut § 54 Abs. 4 d. Stat. 3. Genehmigung des Kasse-Vertrages. 4. Statutenänderung der §§ 14, 21, 54 Abs. 4, fünfter Nachtrag § 49a Abs. 5, sechste Abänderung §§ 14, 23, 25, 26, siebente Abänderung § 13. 5. Härten des Krankenkassen-Gesetzes. 6. Verschiedenes.
Berlin, 8. November 1899.
J. A. Georg Liebenow, Borf.

Arbeiter-Berufskleidung
für jedes Gewerke passend. [20002*]
Größtes Lager. Beste Qualitäten.
Neu! **Arbeiter-Schutzhose** Neu!
jede Gefahr im Maschinenbetrieb ausgeschlossen, empfiehlt
F. Nahrstedt, Wrangelstr. 40/41.

Ludwig Engel.
Herrnenbekleidung
Münzstr. 26. Gegr. 1892. Brunnenstr. 66.
Um meine Kundenschaft zu vergrößern, liefere ich:
Fert. Winterpaletots M. 18,00,
30,00, 22,00 bis 42 M. Für gute Qualitäten in allen Farben, schicklicher Sammettragen, warmes, weiches Futter.
Fertige Joppen M. 5,00, 7,00-18 M. Rufftaschen, bis oben zum Knöpfen, für die Arbeit, Straße und Haus.
Fertige Winterhosen 3,00, 5,00-12 M. Beste Näharbeit, haltbare Taschen, in soliden, praktischen Mustern.
Fertige Herrenanzüge 18,00, 22,00 bis 38 M., in den neuesten Mustern, Cheviot, Sammetgarn und Streichgarn, lackiert und einfarbig.
Für 35 M. nach Maß Paletot, reine Wolle.
Für 33 M. nach Maß Anzug, neueste Muster.
Für 10 M. nach Maß Hoje, praktische solide Muster.
Anfertigung nach Maß unter meiner persönlichen Leitung, neueste Façon, nur beste Zuthaten bei billigsten Preisen. Nur unter Garantie für guten Sitz.
Elektrische Beleuchtung. Nur Barbierant. Friseurerei. Am III. 1815, 1869, 2829.

Kugel-Gelenk-Puppen-Fabrik
P. R. Zierow
Berlin, Schönhauser Allee 179.
Puppen-Reparaturen
bitte schon jetzt an meine Fabrik gelangen zu lassen, da meine Fabrik später mit Aufträgen überhäuft ist. [2954L*]

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Tellz. wöchentlich 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.



Auf bequemste und billigste Art kann der Nährwerth jeder Speise um das Vielfache erhöht werden und zwar durch Zusatz von

PLASMON
(Siebold's Milcheiweiss)

Das Plasmon ist leicht löslich und vollkommen geschmack- und geruchfrei, es beeinträchtigt daher den Geschmack der Speisen nicht im geringsten. Das Plasmon besitzt die leichteste Verdaulichkeit und höchste Ausnutzungsfähigkeit, es ist daher für die Kranken- und Reconvalescenten-Ernährung von ausserordentlichem Werth.

Siebold's Nahrungsmittel-Gesellschaft m. b. H.
Berlin W., Köthenerstr. 11.

Puppen-Fabrik
Otto Kreyssig
Brunnenstrasse 119.
Lager aller Arten Puppen: Kugelgelenk- und Lederbälge sowie sämtliche Ersatzteile.
Reparaturen schnell, gut und billig!

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. II.
Grfurt-Ilversgehofen



Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Wir empfehlen:

Herrnen-Zugstiefel, gewaltt. Spezialität	7 M.
„ „ ohne Knopf, Spiegel	8,50 M.
„ „ Befest. u. Knopfbefestigung	3,90, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M.
„ „ Agraffenstiefel, Befest.	6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M.
„ „ Schnür-, Zug-, Haus-, Kollernschuhe in den verschiedensten Dessins und Verblagen.	
Arbeitschuhe, reell, solid, kräftig.	4,50 bis 6,50 M.
Schaftstiefel, Reitsstiefel.	
Damen-Zugstiefel	2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M.
„ „ Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Knopf.	von 5,50 M. an.
„ „ Schnürschuhe	von 3,50 M. an.
„ „ Hausschuhe	von 3,00 M. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet.	

zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an. Größte Auswahl in Gummi-, Tara-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Verblagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. [29789*]

Verkaufsstellen:

Berlin SW, Belle-Alliancestr. 102.	Köln a. Rh., Eigelstein 66.
„ „ W. Schillstraße 12.	Frankfurt a. M., Viehhofen-berg 20.
„ „ Reifschlagerstraße 14.	„ „ Beil 67.
Hannover, Ringstraße 7a.	München, Sendlingerstraße 10.
Hamburg, Steinstraße 16.	„ „ Dachauerstraße 83.
„ „ Margaretenstr. 5.	„ „ Landsbergerstraße 7.
Bremen, Kaufstraße 76.	Humboldtstr. 22.
Düsseldorf, Schadowstraße 67.	„ „ Amalienstr. 28.

Die Socialdemokratie in Amerika am Vorabend der Wahlen.

Man schreibt uns aus New York, 30. Oktober: Die in den Vereinigten Staaten seit einiger Zeit herrschenden Parteiwirren beginnen sich zu klären, insofern nämlich das Stimmverhältnis der verschiedenen Fraktionen deutlich zu Tage tritt und der fernere Verlauf der Entwicklung mit einiger Sicherheit vorausgesehen werden kann.

Die erste Fraktion, die wir betrachten wollen, ist diejenige, in deren Reihen sich fast sämtliche alte Parteigenossen von Bedeutung befinden, die ersten Propagandisten und Agitatoren für den modernen, wissenschaftlichen Socialismus in diesem Lande, wenn wir die Mitglieder der alten „Internationalen“ ausnehmen, die einer noch früheren, jetzt fast ausgestorbenen Generation angehören.

Es ist merkwürdig, daß die New Yorker Hauptfraktion der zweiten Fraktion, welche jetzt in erbittertem Kampf mit der ersten liegt, fast sämtlich Ausländer sind: Sanial ein geborener Franzose, Bogi, ein Deutscher, De Leon, ein aus dem spanischen Südamerika Eingewandertes, Kay, ein Böhme, Patricia Murphy, ein Irlander usw.

Die sachlichen Beschuldigungen, welche die erste Fraktion gegen die führenden Elemente von Fraktion Nummer zwei erhebt, lauten die „New Yorker Volkszeitung“ neulich folgendermaßen zusammen: Als sie im Jahre 1896 zur vollständigen Herrschaft in der Partei gelangt, war ihre Tätigkeit eine solche, daß die „Socialistische Arbeiterpartei“ von Großer New York, deren Votum von 1890—1895 stetig und bedeutend stieg, in den Augen des arbeitenden Volkes herabgewürdigt wurde, infolge dessen, trotz sonst günstiger Umstände, von 1896 an das New Yorker Partei-Votum fiel.

Indem sie, aus Unwissenheit oder Bosheit, die socialistische Theorie durchaus falsch und manchmal in geradezu lächerlicher Weise auslegten; indem sie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter-Körperschaften nicht zu überzeugen, sondern zu zerören versuchten und sogar schamhafte Scab- (Streikbrecher-) Dienste gegen dieselben thaten;

Indem sie, um ihre Herrschaft aufrecht zu erhalten, die in der Arbeiterklasse vertretenen verschiedenen Rationalitäten gegen einander hetzten und damit den ersten Grundfay der internationalen socialistischen Agitation, der in den Worten angedrückt ist: „Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!“ geradezu verleugneten;

Indem sie jedes Mitglied und Parteiblatt, welche sich gegen diese antisocialistische, den Methoden der alten corrupten Parteien entnommene Taktik berechtigterweise aufsehnten, auf jede Art verfolgten und zu vernichten versuchten.

Auf der anderen Seite warfen die abgesetzten Parteibehörden, welche sich an der Spitze von Fraktion Nummer zwei noch immer als die „reguläre“ Behörde aufspielen, der ersten Fraktion vor, daß sie sich nicht genügend für die „Socialist Trades Labor Alliance“, jene nationale Gewerkschafts-Organisation, welche gegründet wurde, um den „Knights of Labor“ („Rittern der Arbeit“) und der „Federation of Labor“ (dem „Arbeitsbunde“) den Bind an den Segeln zu nehmen, ins Jenseit gelegt, und daß die „New Yorker Volkszeitung“ in vorigen Winter (nach etwa dreijähriger Erfahrung mit der „Alliance“) die leise Andeutung gewagt habe, daß es vielleicht besser gewesen wäre, die „Alliance“ nicht zu gründen und statt dessen in der „Federation“ von innen zu bohren, bis die socialistischen Elemente in derselben, welche schon eine starke Minorität bildeten, die Herrschaft erlangt hätten.

Nun hat die „Alliance“ neulich hier ihre jährliche Convention abgehalten und es hat sich dabei gezeigt, daß hinter derselben noch weniger stecke, als man bisher glaubte: nämlich so gut wie gar nichts. Ob an diesem Resultat hauptsächlich die schlechte Leitung schuld ist, oder ob die Voraussetzungen der so plausibel erscheinenden Grundidee irrig waren, ist gleichgültig. Jedenfalls hatten alle diejenigen recht, die in der ferneren Propaganda für die „Alliance“ nur eine Quelle der Zersplitterung und Schwäche für die Partei sahen, was allerdings von den damals herrschenden Elementen als Hochverrat an der Partei angesehen und behandelt wurde und zu der schließlichen Katastrophe führte.

Daß sich aus solchen sachlichen Differenzen nunmehr auch persönliche Feindschaften, Verhöhnungen, Verschimpfungen und Verleumdungen der schlimmsten Art ergeben, daß die beiden Fraktionen einander erbitterter bekämpfen, als sie je den gemeinschaftlichen

Feind belächelt haben, ist zwar traurig, aber bei allen Konflikten dieser Art ist es von jeher ebenso gewesen.

Die dritte, politisch organisierte, socialistische Fraktion der Vereinigten Staaten ist die „Social Democracy“ (Debs). Dieselbe hat seit Jahr und Tag energisch und nicht ohne Erfolg an ihrem Aufbau gearbeitet. Seitdem sie mit den sogenannten „Kolonisten“ — dem hauptsächlich amerikanischen Element, welches die sociale Frage durch Gründung von Kolonien lösen wollte — gebrochen und auch die „Farmerpläne“ (Bauernbündler-Forderung) aus ihrer Plattform gestrichen, unterscheidet sie principiell nichts von der „Socialistischen Arbeiterpartei“, von deren Fraktion Nummer zwei sie allerdings noch immer wie eine grimme Feindin behandelt wird.

Um nun deutschländischen Lesern Klar zu machen, um was es sich bei den Novemberwahlen — so weit die Socialisten in Betracht kommen — handelt, muß erst eine kurze Erklärung über das australische Wahlsystem, welches hier seit 1890 eingeführt ist, vorausgehen. Das Wesen dieses Systems besteht nicht nur in der möglichen Geheimhaltung des Votums, welches der Wähler abgegeben hat, sondern hauptsächlich auch darin, daß derselbe in dem Wahllokal — wobei wir das im Staat New York herrschende System als Muster beschreiben — von den Wahlbeamten einen offiziellen Stimmzettel erhält, auf welchem sämtliche Parteien verzeichnet stehen, die entweder bei der letzten Wahl im Staate mindestens 10 000 Stimmen erhalten oder aber eine Applikation von so und so viel tausend Bürgern, deren Unterschriften notariell beglaubigt sein müssen, eingereicht haben. Für jede solche Partei ist eine Spalte reserviert, an deren Spitze sich der Name der Partei befindet, worauf sämtliche Kandidaten derselben für die verschiedenen Kreise — manchmal über fünfzig — folgen. Damit aber auch solche, welche nicht lesen können, ihres Wahlrechts nicht verlustig gehen, befindet sich über dem Namen jeder Partei ein sogenanntes Emblem: ein Adler, ein Stern, ein erhobener Arm mit einem Hammer (Socialistische Arbeiterpartei), ein Wasserfall (Temperanzler) usw. Eine letzte, ganz leere Spalte giebt denen, die sich das Vergnügen machen wollen, irgend beliebige Namen, vielleicht sich selbst, auf den Zettel zu schreiben, die Gelegenheit dazu. Will nun der Wähler für sämtliche Kandidaten seiner Partei stimmen, — und das thut in der Regel neun Zehntel aller Wähler, wenn nicht mehr, — so legt er, nachdem er sich in eine der im Wahllokal befindlichen Buden gegeben, wo er sich ganz mitterseelenhaft befindet, mit Bleistift ein Kreuz in einen gedruckten Kreis, der sich noch oberhalb des Emblems befindet. Damit hat er für alle Kandidaten, die in der betreffenden Parteispalte stehen, gestimmt. Will er sich die Kandidaten aus den verschiedenen Parteien aussuchen, so muß er den betreffenden Namen an den verschiedenen Stellen ein Kreuz vorsetzen, wofür Raum gelassen ist. Dann faltet er seinen Stimmzettel zusammen und übergibt ihn draußen dem Wahlbeamten, der ihn vor seinen Augen in die Wahlurne wirft.

So oder ähnlich ist das Verfahren in den verschiedenen Staaten. Es liegt auf der Hand, daß eine Partei, die nicht auf den offiziellen Stimmzettel kommt, gar keine Chancen hat, eine auch nur nennenswerte Stimmenzahl zu erlangen. Die „Socialistische Arbeiterpartei“, welche im vorigen Jahre im Staate New York über 22 000 Stimmen erhalten hat, davon etwa 15 500 in „Groß New York“ (den zu einem Gemeinwesen vereinigten Städten New York, Brooklyn und ein paar kleineren Orten), sieht in der dritten Spalte, gleich hinter der republikanischen und demokratischen Partei. Da sie sich aber nun getrennt hat und jede Fraktion beansprucht, die „offizielle“ Partei zu sein, so mußten die Wahlbehörden entscheiden, diese haben in verschiedenen Orten und Staaten verschieden entschieden. In „Groß New York“ aber, wo die Fraktion Nummer eins die fast allein herrschende ist und Fraktion Nummer zwei sich in verschwindender Minorität befindet, haben die Behörden — wahrscheinlich weil diese ihnen weniger gefährlich erschien — für die letztere entschieden. Fraktion Nummer eins befand sich nun in der Lage, bei der Wahl entweder für Kandidaten zu stimmen, die sie als anti-socialistische betrachtete und bezeichnete, und deren Unterstützung nach ihrer Meinung in den Augen der arbeitenden Massen eine Billigung der besonders gewerkschaft-feindlichen Methoden der führenden Elemente in Fraktion Nummer zwei bedeuten würde, — oder aber sich nicht allein selbst der Wahl zu enthalten, sondern auch alle Wähler, die sie beeinflussen kann, in diesem Sinne zu dirigieren. Nach eingehenden Erwägungen hat sich die der Fraktion Nummer eins angehörige Sektion Groß New York für diesen letzteren Weg entschieden. Für sie ist Wahlenthaltung die Parole und es wird sich nun zeigen, wie viele der 15 500 Wähler von „Groß New York“, die im letzten Jahre für die S. A. P. (Socialistische Arbeiterpartei) stimmten, ihrem Rufe Folge leisten werden. Da die Sektion selbst nur etwa 1000 eingeschriebene Mitglieder zählt und viele Wähler gewohnheitsmäßig für Namen und Emblem der S. A. P. stimmen, so wäre es schon ein großer Triumph für sie, wenn sie dem Gegner die Hälfte der Stimmen entreißen könnte. Neulich verhält es sich an ein paar anderen Orten, aber New York ist der Brennpunkt dieser Taktik. Falls sie erfolgreich sein sollte, würde der vollständige Sieg der Fraktion Nummer eins auch in den Landorten nicht lange ausbleiben, weil diese nur durch das Fehlen der New Yorker Führer der zweiten Fraktion gelähmt werden. Die Wahl findet am 7. November, und zwar in elf Staaten statt.

Die „Social Democracy“ steht nun hauptsächlich in Massachusetts im Feuer. Sie hat dort im vorigen Jahre in Haverhill zwei Abgeordnete für die Legislatur, einen Bürgermeister und einige Stadtverordnete gewählt. Es gilt nun, diese Siege zu verteidigen und möglichst neue zu gewinnen. Die beiden alten Parteien, die demokratische und republikanische, haben sich vereinigt, um diesmal den Socialisten den Sieg zu entreißen. Das giebt uns ein Bild davon, wie die Dinge sich auch in diesem Lande entwickeln werden, wo immer die Socialisten als politische Partei Bedeutung gewinnen. Die Wahlen für die Legislatur finden in Massachusetts ebenfalls am 7. November statt, die Stadtwahl in Haverhill etwa einen Monat später.

Eine Vereinigung der Fraktion Nummer eins der Socialistischen Arbeiterpartei mit der „Social Democracy“, oder wenigstens ein Zusammenarbeiten dieser beiden Organisationen für die Präsidentenwahl ist nicht ausgeschlossen. Die nationale Parteikonvention der ersteren findet wahrscheinlich im nächsten Januar statt, die der letzteren im März.

Im übrigen werden die bevorstehenden Wahlen einen Maßstab dafür abgeben, welche Stärke die Anti-Imperialismus- und die Anti-Truff-Bewegung im Lande gewonnen hat. Und daraus wird man dann einen Schluß auf den wahrscheinlichen Ausfall der nächsten jährigen Präsidentenwahl ziehen können.

Versammlungen.

Der Arbeitervertreter-Verein hielt am 2. November seine regelmäßige Vereinsversammlung ab. Simonowski berichtete über die Verhandlungen, die aus Anlaß der Pariser Weltausstellung im Reichs-Versicherungsamt stattgefunden haben. Als die Ausstellung bekannt geworden, habe sich der Verband der Berufsgenossenschaften an das Reichs-Versicherungsamt gewendet, um Verzicht zu erbitten, ob das Reichs-Versicherungsamt, wie bei früheren Ausstellungen, sich auch an der Pariser beteiligen werde. Das Reichs-Versicherungsamt wandte sich an den Staatssekretär, um das Einverständnis zu der Ausstellung einzuholen. Der Staatssekretär hat sich mit dem Bericht des Reichs-Versicherungsamts einverstanden erklärt und verwies das Reichs-Versicherungsamt wegen der weiteren Schritte an den Reichskommissar. Die Verhandlungen haben sich der Frage wegen in die Länge

gezogen, deshalb hat das Reichs-Versicherungsamt es für geboten erachtet, eine Vorbesprechung mit den Vertretern der berufsgenossenschaftlichen Organisationen, sowie mit Vertretern der Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalten abzuhalten, um sich darüber zu verständigen, wie wohl das Ziel, nämlich: das Wesen und Wirken der socialpolitischen Gesetzgebung in möglichst vollkommener Weise anzustellen, am besten erreicht würde. Man hat zu diesem Zwecke einen Arbeitsausschuß eingesetzt, welchem die Vorarbeiten übertragen wurden. Aus dem Kreise der Berliner Krankenkassen sei der Kollege Dahne in diesen Ausschuß delegiert, während ihm, Redner, das Mandat von der Berliner Invaliditäts- und Altersversicherungs-Anstalt übertragen worden ist. Wie verlautet, soll das Ausstellungsterrain so eingeteilt sein, daß die Hälfte des Raumes den französischen Interessenten dienen soll, während die andere Hälfte den Ausstellern der anderen Staaten verbleibt. Der Raum, der uns für unseren Zweck bereitgestellt ist, soll sehr beengt sein, man befürchtet daher, daß die Erzeugnisse nicht genügend zur Geltung kommen werden. Geplant sei, die gesamte Arbeiter-Versicherung gruppenweise zur Ausstellung zu bringen und zwar soll Gruppe I den wissenschaftlichen Teil umfassen, Gruppe II die technische Seite veranschaulichen und Gruppe III die therapeutische Behandlung beleuchten.

Von der letzteren Gruppe werden photographische Aufnahmen von Unfallstationen, medico-mechanischen Instituten, sowie Skizzen von der im Bau begriffenen Lungenheilstätte in Beeskow dargestellt werden; auch der Verein vom „Roten Kreuz“ und die „Leipziger Orts-Krankenkasse“ werden mit ihren Wohlfahrts-Einrichtungen vertreten sein. Redner nimmt noch Veranlassung, einige Erläuterungen zu den die Ausstellung betreffenden Zeichnungen zu geben.

Zur Diskussion bemerkt J. Meier, daß auch die Justizhausvorlage als abschreckendes Beispiel der socialpolitischen Gesetzgebung zur Ausstellung gelangen möge. Betreffend die Abänderung des Unfallversicherungs-Gesetzes weist Simonowski darauf hin, daß dem Reichstag eine Novelle zu dem Gesetz gehen wird und deshalb sei es notwendig, daß wir unsere Wünsche in Form einer Petition zusammenfassen und dem Reichstag zur Veranschaulichung zuwenden. Den Berlinern sei der Auftrag von den Vertretern Deutschlands auf der Konferenz in Halle zu teil geworden. Man müsse sich handeln, das darauf bezügliche Material sei an die zu wählende Kommission zu überweisen. So ist als Unfallbevollmächtigter hat die Wahrnehmung gemacht, daß gerade die schlechtesten Arbeitskräfte an den gefährlichsten Maschinen beschäftigt sind, deshalb seien die Arbeitervertreter verpflichtet, bei den Unfallstationen die Arbeitgeber oder deren Bevollmächtigte auf die Mangelhaftigkeit der Schutzvorrichtungen hinzuweisen. Zur Ausarbeitung der Petition wurde eine Kommission von 7 Mitgliedern gewählt, und zwar: Schmidt, Schalkhoff, Jost, Wehr, Pischal, Gries und Stuhlmann; in den Kommissionsitzungen sollen die Arbeitervertreter im Reichs-Versicherungsamt beratende Stimme haben. Zum dritten Punkt der Tagesordnung wird seitens des Vorsitzenden bekannt gegeben, daß am 7. November, abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung sämtlicher Kasenvorstände stattfinden, in welcher die Kandidaten als Beisitzer für die untere Verwaltungsbehörde für die „Invaliditätsanstalt Berlin“ nominiert werden sollen.

Leise- und Diätetikerclub. Freitag. „Diegen“, Schuder, Wiesensstraße 39. — „Carl Marx“, Naumann, Blücherstr. 42. — „Stralau“, Götzig, Stralau Nr. 17. — „Reimer“, Seibel, Gertrudenstr. 19.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und der Umgegend. Vorsitzender: Thate, Schöneberg, Grenzwehrstr. 69. — Alle Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Otto Naack, Streifgasse 15, Hof II. — Freitag, Uebungsstunde abends 9—11 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. — Kaiserlicher Männerchor, Bernau, Schwebelstr. 23/24. — „Nord“, Adolf Reumann, Bismarckstr. 150. — „Unserer 1“, Battersloß, Stallgasse 51/52. — „Sängerbund Männerchor“, Hirschberg, Köpenickerstr. 157/58. — „Bereitschapsbrüder Nochtitz“, Pann, Pannstr. 10. — „Mitteldeutscher“, Siedel, Lindowstr. 26. — „Gemüthlichkeit (Pauer), Krüger, Siedelstr. 30. — „Koggenrot“, Charlottenburg, Pauer, Bismarckstr. 74. — „Topographia“, Kaminhalber, Kommandantenstr. 30. — „Georgina“, Dombühl, Hültenstr. 52. — „Kriegsgold“, Feind, Weinstr. 11. — „Kolonialer Vorpost“, Gelle, Zwinenlindestr. 36. — „Fris“, Martin, Naumburgstr. 80. — „Männer-„Wanderer“, Brandenburg a. H., Reuter, Bergstr. 4. — „Albert“, Vogel, Brandenburgerstr. 78. — „Vereinstätter Sängerbund“, Oden, Neue Köpenickerstr. 73. — „Nordwest“, Wilsdorf, Müllerstr. 7. — „Sängerfreud“, Neu-Weißensee, Brodowin, Friedrichstraße 5. — „Eintracht II“, Grewald, Restaurant „Zur Röhle“. — „Vollersfrühling“ (Stuccatore), Greiser, Dranienstr. 109. — „Neue Zeit“, Lorenz, Watz u. Polsterstr. — „Viederkehr“, Brandenburg a. H., Bergstr. 6. — „Alteingesessener Männerchor“, Weihenau, Frau Pröbelen, Lederstr. 122. — „Kerstin“, Kummermacher Männerchor, Obdel, Landberger Allee 156. — „Kreuzow“ in Treptow, Staffelt, Baumgüteweg. — „Weißhirscher“, Oden, Tabert, Markstr. 14. — „Treu“, Rowand, Wartenbergstr. 9. — „Ariou“, Kibitz, Gleditz, Gleditzstr. 8. — „Sangesverein“, Conrad, Markstr. 8. — Gesangs-, Maurer-Nordstr.-Brig., Nordstr., Kramer, Germannstr. 199. — Gesangs-„der Pauer“, Schiller, Kaminhalberstr. 57. — „Waldster Lebertran“, Sprechler, Köpenickerstr. 37. — „Freie Sängerbund“, Heegerstraße 6, Grewald, Sängerbund, Hirschberg, — „Kassala“, Ploen, Köpenickerstr. 34. — „Raf“, Ringold, Köpenickerstr. 18. — „Sängerbund“, Sander, Köpenickerstr. 158. — „Schulmachers Berlin“, Weigmann, Andreasstr. 42. — „Alliance“, Kaiser Franz Grenadierplatz 7 (Restaurant). — „Vorar“, Rudolf, Naumburgstr. 6.

Arbeiter-Geographischer Verein „Zölke“, (Einigungsverein) Bezirk „Nord“, bei Kranke, Wälderstr. 7a, abends 8 1/2 Uhr.

Arbeiter-Kameradschaft Berlin und der Umgegend. Änderungen im Vereinskalender sind zu richten an Eugen Kähler, Köpenicker, Hühnerwegstr. 1, IV. Freitag: „Germania“, Kubast, Köpenickerstr. 25. — „Freie Stunde“, Wanger, Alexanderstr. 122.

Gesangs-Turn- und geistliche Vereine. Freitag. „Abletens“, Henschel, Wälderstr. 6. — „Ruf“, Union, Gabriel u. Jäger, Heldenstraße 106. — „Rauklub“, Dine Wang, Spät, Weinstr. 28. — „Turn-, Gesangsverein“, abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr: 1. Männerabtl., Pannstr. 9—10. — „Turn-, „Chen“, Blumenstr. 65a, 8 1/2—10 Uhr (Vertragsabteilung); 2. Frauenabtl., abends 8—9 1/2 Uhr (Damenabtl.). — „Ruf“, Pannstr. 10. — „Abletens“, Wälderstr. 38. — „Statt“, Gemüthlichkeit, Restaurant Pannstr. 10. — „Statt“, Gleditzstr. 8. — „Simon“, Blumenstr. 46. — „Arbeiter-Turn-„Weihenau“, Turnabend abends 8—10 Uhr (Vereinstätter), Pannstr. — „Vergnügungs-„der Infanterie“, Sitzung jeden Freitag nach dem 1. und 15. im Monat, Neues Köpenicker, Kommandantenstr. 72. — „Ruf“, „Solo“, Ramlow, Schöndorfer Allee 135. — „Tanzlehrverein „Solidarität“, Englischer Hof, Neue Köpenickerstr. 3.

Wettkampftage Nr. 107, S. O. T., zur Bekämpfung des Alkohols, 8 1/2 Uhr abends, Dresdenstr. 10, nur für Mitglieder.

Arbeiter-Turnverein. Freitag. Turn-, Röhle, Berlin, Allee von 8—10 Uhr: 2. Männerabtl. Stallgasse 55—56. 4. Männerabtl.: Stephanstr. 3, 5. Männerabtl., Köpenickerstr. 67. 6. Männerabtl., Stallgasse 54. 1. Vereinstätter, Friedenstr. 37. 3. Vereinstätter, Wälderstr. 17/20. 1. Damenabtl., Mariannen-Ufer 1a. — „Freie Kameradschaft“, Nordstr.-Brig. 3. Schillerabtl. von 6 1/2—8 1/2 Uhr. 3. Männer- und Vereinstätter von 8 1/2—10 1/2 Uhr abends, Hoffmann, Bergstr. 151/152. — „Turnverein d. S. „Keren“, (gegr. 1882), Männerabtl. von 8—10 Uhr abends, Reichembergerstr. 131/132. Damenabtl. v. 8—10 Uhr abends, Wartenbergstr. 7. — Turnverein „Vöde“, Köpenicker, Männer- und Jugendabteilung von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends, Hotel Klein am Wälderplatz. — Turn-, „Froh u. Frei“, Grewaldstr. 10, Pannstr. 104, 8 1/2—10 1/2 Uhr abends. — „Freie Kameradschaft“, Friedrichstraße, abends 8 1/2—10 1/2 Uhr, Bube, Pringel-Allee 30.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen an G. Bratte, Schillerstr. 24. Schwimmklub „Repton“, Weihenau, abends 7 1/2 Uhr, im Seebad Weihenau. — Schwimmklub „Vorwärts“, abends 7 1/2 Uhr, Nordstr. 14b (altes Studentenbad). — Schwimmverein „Gut-Kab“, Uebungsstunde jeden Freitag, abends 7 Uhr, Wälderstr. 10, Wälderstr. 10, Turnstr. 85a.

Arbeiterverein „Vorwärts“, Köpenicker. Jeden Sonnabend im Vertriebslokal, Rarstraße 49: Versammlung. Dasselbe befindet sich auch die Bibliothek des Vereins. Die nach Kopenhagen kommenden Genossen wollen dies beachten.

Socialistenklub „Vorwärts“, Christiania. Café Kaiser, Olaf Roes Platz 8.

Deutsche Gesellschaft für vollständige Naturkunde. Freitag, den 10. November, abends 8 Uhr, im Bürgercafé des Rathauses. Herr Professor Dr. Plate über: „Die rudimentären Organe der Tiere und ihre Erklärung“ (mit Demonstrationen).

Eingegangene Druckschriften.

„Reuter“, Rotkalender für Schüler 1900. Verlag von G. A. Ploetz, Altenburg.

Unter Bezugnahme auf die bisherigen Inserate, mache ich darauf aufmerksam, dass Dr. Mampas bittere Tropfen ausser von mir nur noch von der Firma F. J. M. St. echt geliefert werden...

Carl Mampe, Berlin.

18.ziehung d. A. Klasse 201. Nat. Preng. Lotterie.

ziehung am 3. Dezember 1899, vormittags. Nur für Gewinner über 2500 Mark hat ein besonderes Nummern in Versteigerung beigefügt.

Table of lottery numbers for the 18th drawing of the A. Klasse 201. Nat. Preng. Lotterie, listing various numbers and their corresponding prizes.

18.ziehung d. A. Klasse 201. Nat. Preng. Lotterie.

ziehung am 3. Dezember 1899, nachmittags. Nur für Gewinner über 2500 Mark hat ein besonderes Nummern in Versteigerung beigefügt.

Table of lottery numbers for the 18th drawing of the A. Klasse 201. Nat. Preng. Lotterie, listing various numbers and their corresponding prizes.

18.ziehung d. A. Klasse 201. Nat. Preng. Lotterie.

ziehung am 3. Dezember 1899, nachmittags. Nur für Gewinner über 2500 Mark hat ein besonderes Nummern in Versteigerung beigefügt.

Table of lottery numbers for the 18th drawing of the A. Klasse 201. Nat. Preng. Lotterie, listing various numbers and their corresponding prizes.

Jedes 5 Pfennig. Wort: Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Deustsch. 3 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe. Winterpellets, Anzüge, Regentoren, Remontiruhren, postbilig Pfandfische Reanderstraße 6. 119/20*

Sanarienrolle-Verkauf Schymel, Voedstraße 50. 745* Händerwaren, Oble- und Gemüsch-Geschäft mit Kasse, gutgehend, zu verkaufen Bergmannstraße 103. 1572b

Arbeitsmarkt. Stellengesuche. Nachtr. tüchtig, empfiehlt sich. Franke, Völknerstr. (Friedrichshof), Wilhelmstraße 84. 655b

Gelehrter Eigellackfächer zu möglichen sofortigen Eintritt gesucht. Eibl, Haber, Engelshof 16. 728b Zwei tüchtige Zusammenleger verlangen sofort bei hohen Accordspreisen...

Achtung! Holzarbeiter! Der Streit bei den Firmen Karl Müller, Schönaner Allee, und Abels & Co. dauert fort.

Achtung! Vergolder! In folgenden Verhältnissen sind unsere Forderungen bis jetzt bewilligt: Sudow, Stolte, Weder, G. W. Böhm, Tiefs, Kamp...